

Marc Limpach

## „Schafft die Todesstrafe ab!“

Die politischen Debatten um die Abschaffung der Todesstrafe im Spiegel des *Tageblatt*



Titelseite der *Libération* im Mai 1979

Am 18. Mai 1979 titelt das *Tageblatt*: „Todesstrafe abgeschafft“. Die französische Tageszeitung *Libération* brachte die gleiche Nachricht als übergroßen Aufmacher: „Enfin: La peine de mort abolie (1)“ mit der ironischen Fußnote: „(1) Au Luxembourg“.<sup>1</sup> Weiter heißt es auf der ersten Seite von *Libération* in Bezug auf die in Luxemburg erfolgte Abschaffung der Todesstrafe: „C’est fini. Plus de cigarette du condamné. Plus de tête coupée qui roule dans un panier. L’horreur est

<sup>1</sup> Der Titel von *Libération* ist auf der Einladung zu der von der Fondation Robert Krieps initiierten Feier am 17. Mai 2009 anlässlich des 30. Jahrestages der Abschaffung der Todesstrafe in Luxemburg abgebildet. Vgl. zur Begründung dieser Feier: FRISONI, Claude / LIMPACH, Marc, *Pourquoi cela vaut la peine*, in: *Tageblatt*, 16./17. Mai 2009 (30 Jahre ist es her – 6 Extraseiten).

passée. On n’en parlera plus... Malheureusement, cette nouvelle réjouissante est luxembourgeoise. C’était hier au parlement de ce tout petit pays européen. La deuxième tentative en quinze jours d’un ministre de la Justice, socialiste. La première fois le résultat avait été négatif. La seconde fois, il a trouvé une majorité. Reste la France. Les députés se pencheront sur la question entre le 10 et 30 juin prochains. Ils penseront peut-être alors au Luxembourg où leurs confrères ont aboli la peine de mort sans prévoir des peines de remplacement comme on l’envisage en France. Ils ont dit non à la barbarie. C’est tout.“

Das Thema der Abschaffung der Todesstrafe interessierte und spaltete die Luxemburger Öffentlichkeit sicherlich weniger als die in Frankreich, wo die Guillotine bis ins Jahr 1977 tatsächlich noch in Betrieb war. Wenn die Diskussion über die Todesstrafe in Luxemburg nie so heftig und so emotional geführt wurde wie in Frankreich, dann wohl vor allem, weil die Todesstrafe in Luxemburg zwischen 1821 und 1945 nicht mehr vollstreckt worden war. Waren es zwischen 1863 und 1900 noch 21 Urteile, die verhängt, aber nicht vollstreckt wurden, so wurde sie zwischen 1900 und 1945 weder verhängt noch vollstreckt.<sup>2</sup> Dennoch wurde das Thema auf der politischen Bühne und in den Luxemburger Zeitungen wiederholt kontrovers diskutiert. Die politische und juristische Debatte über die Todesstrafe für Kriminalverbrechen wurde in Luxemburg vor allem an drei verschiedenen Zeitpunkten geführt: im Jahr 1879, anlässlich der Parlamentsdebatte zum neuen Strafgesetzbuch (*Code pénal*), im März/April 1948 im Rahmen der Debatte über eine Neufassung der Artikel 8 und 9

<sup>2</sup> Von 1945 bis 1948 fanden acht Hinrichtungen von Kollaborateuren nach politischen Prozessen statt. Der letzte in Luxemburg hingerichtete Straftäter wurde im August 1948 erschossen. Vgl. allg.: SIMON, André, *La peine capitale au Grand-Duché de Luxembourg*, in: *Bulletin du Cercle François Laurent 1961-1965*, S. 3 f.; SPIELMANN, Alphonse, *La peine de mort au Grand-Duché de Luxembourg*, in: *Revue de science criminelle et de droit pénal comparé, nouvelle série 3/1976*, S. 662 f. und in: SPIELMANN, Dean (Hrsg.), *Au Diapason des Droits de l’Homme, Écrits choisis (1975-2003)*, Brüssel 2006, S. 43 f.; Gesetzesprojekt Nr. 2199, (Dépôt: 8. Juni 1978); SPIELMANN, Alphonse, *D’un certain conformisme à un libre examen certain*, in: *Mémorial 1989: la société luxembourgeoise de 1839 à 1989*, Luxembourg 1989 S. 93; SPIELMANN, Alphonse, *De la peine de mort au Luxembourg – La longue marche vers l’abolition*, in: *Hommage à l’Athénée*, Band IV, Luxembourg 2003, S. 237 f. und in: *Au Diapason des Droits de l’Homme*, op.cit. S.75 f.; und FAYOT, Ben, *Die Abschaffung der Todesstrafe*, in: *Mord und Totschlag, Publications scientifiques du Musée d’histoire de la Ville de Luxembourg*, Bd XIV, Luxembourg 2009, S. 236 f.

des Strafgesetzbuchs über die Modalitäten der Vollstreckung der Todesstrafe und im Rahmen einer partiellen Änderung der Verfassung, sowie in der Legislaturperiode 1974-1979 in Bezug auf eine erneut vorgeschlagene Verfassungsänderung der Artikel 18 und 118 (abgelehnt) und den Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Todesstrafe im Strafgesetzbuch, welches dann am 17. Mai 1979 beschlossen wurde.

Gelegentlich wurde aber auch in Luxemburg über die Todesstrafe im Kontext einer gefühlten Zunahme von Kriminalität und Gewalt und nach dem Auftreten besonders grausamer Verbrechen diskutiert. Sowie beispielsweise anlässlich eines Raubmordes, der am 10. Januar 1934 von zwei jungen Brüdern in Luxemburg-Stadt verübt wurde. Das *Tageblatt* schreibt hierzu am 11. Januar 1934: „Die Kriminalität in Luxemburg steigert sich in beängstigendem Maße! Kurz vor 5 Uhr drangen gestern Abend zwei maskierte Banditen in das Büro des Steuereintnehmers Edouard Mankel zu Limpertsberg, Victor Hugo-Avenue 39, ein. (...) Sie (...) bedrohten die beiden anwesenden Beamten mit erhobenen Revolvern, Edouard Mankel, der sich furchtlos zur Wehr setzte, wurde erschossen, worauf die beiden Täter flüchteten. Geld wurde nicht geraubt. Es gelang, einen von ihnen den am 11. April 1916 zu Eich geborenen Arbeiter Johann Hengen, kurze Zeit später festzunehmen, während sein Bruder und Komplize Nicolas Hengen (...) sich bis zur Stunde noch in Freiheit befindet. (...) Und während man den gefesselten Hengen herausbrachte, um ihn im Zellenwagen unterzubringen, ereignete sich beinahe ein Zwischenfall. Die anwesende, gewaltige Menschenmenge begann nämlich zu murmeln und Rufe auszustoßen und schien gute Lust zu haben, den Missetäter dem Richter Lynch zu übergeben. Nur der verhältnismäßig starke Kordon von Polizisten und Gendarmen mag dieses Begehren vereitelt haben.“<sup>3</sup>

Das *Luxemburger Wort* argumentiert am gleichen Tag für eine „exemplarische Strafe“ und, zumindest unterschwellig, für die Todesstrafe: „Für die ruchlosen Mordbuben, denen das Leben anderer nichts gilt, verlangt die öffentliche Meinung eine exemplarische Strafe. Einmal als Sühne für das unsagbare Leid, das sie über eine stille und glückliche Familie gebracht haben. Dann aber auch als abschreckendes Beispiel. Angesichts solch grauenhafter Vorfälle erscheint aller Humanitätsdusel (sic) zum mindesten unangebracht.“ Unter dem Titel „Todesstrafe? Nein!“ erscheint im *Tageblatt* am 19. Januar 1934 eine klare Antwort auf die Überlegungen und Forderungen des *Wort*-Journalisten:

„Natürlich ist es, dass der Mensch gegen das Verbrechen und den Täter Grauen und Abscheu empfindet und eine gerechte Sühne verlangt, gleichzeitig aber auch vorbeugende Maßnahmen verlangt. Über beide gehen die Meinungen meistens verschiedene Wege. Was die Strafe aber anbelangt, hört man in den letzten Tagen immer öfter, und sogar von ganz gemüthlichen Bürgern und zarten Frauen, die vor einer getöteten Maus Tränen der Rührung vergießen, die Forderung der Todesstrafe. ‚Se solle se kappen‘, das wird so kurz und betont hingeworfen, als handele es sich um eine Bagatelle. Hie und da lässt eine Zeitung vorsichtig verlauten, dass es mit der Humanitätsduselei nicht mehr so weitergehen könne und dass man gegen Schwerkverbrecher anders vorgehen müsse – her mit dem Fallbeil, schreibt ein anderes inländisches Blatt. Was bezweckt man eigentlich? Der Verbrecher soll bestraft werden, je schwerer seine Tat, desto härter die Strafe. Gut! Todesstrafe? Nun, das Beil oder der Strang macht einem armseligen, belasteten Leben ein Ende. Aus, fertig, der Betreffende fühlt, hört und sieht nichts mehr von Verbrechen und Strafe.“<sup>4</sup>

Am 24. Januar 1934 erscheint ein weiterer Artikel zum gleichen Thema im *Tageblatt* in dem man sich wiederum ganz klar gegen die Todesstrafe ausspricht: „Einige ungemüthliche Gesellen, die (es sei zwischen Klammern gesagt) durchwegs zu Hause gemüthlich im Sichern sitzen, und deren Leben sich ruhig nach der Geraden im Sinne der elterlichen Intentionen abwickelt, fordern auf Grund der neuesten Mordtaten unbedingt (aber nur aus Sorge für ihre persönliche Sicherheit) die Wiedereinsetzung der Todesstrafe. Eigentlich ist die Todesstrafe bei uns nicht abgeschafft, sondern nur Kraft unsers gesunden Menschenverstandes außer Praxis gesetzt. Es kann also nicht absonders schwer halten, die Todesstrafe, die gesetzmäßig ist, wiederum in die Rechtspraxis einzuführen. Aber dagegen sträubt sich heute noch wie ehemals der gesunde Sinn der Luxemburger, die einfach von dem Gedanken ausgehen, dass niemand, und sei es tausendfach im

<sup>3</sup> Raubüberfälle am laufenden Bande, in: *Tageblatt*, 11. Januar 1934. Vgl. auch: *Eine ruchlose Mordtat*, in: *Luxemburger Wort*, 11. Januar 1934.

<sup>4</sup> R., *Todesstrafe? Nein!*, in: *Tageblatt*, 19. Januar 1934. Vgl. auch den *Tageblatt*-Artikel vom 13. Januar 1934 „*Psychologie der Limpertsberger Raubmordaffäre*“ der klar auf die soziale Situation der Täter verweist: „In wenigen Stunden wird sich ein schweigender, langer Zug benommener Menschen in Richtung Liebfrauenfriedhof bewegen: Stunden später bedeckt feuchte Erde die Leiche eines braven, aufrichtigen Bürgers, der für seinen Beruf in den Tod ging. Und um diese gleiche Zeit hocken in einer halbdunklen Zelle zwei Missetäter, die auf ihr Schicksal harren. Zwei Jugendliche vor denen das Leben lag: zwei Menschen, hinter denen das wirkliche Leben nun liegt. (...) Man spricht sich so vorurteilsvoll in der Affaire Mankel aus: nur die wenigsten kennen die Verhältnisse, deren Einzelheiten wohl nicht das Verbrechen selbst hervorriefen, die aber doch ein Teil dazu beitrugen, dass zwei junge Menschen das wurden, was sie heute sind: Schwerkverbrecher. (...) Die Jugend, die den Brüdern Hengen vergönnt war, ist diejenige, die alle armen Kinder kennen: Unzulänglichkeiten, Freudlosigkeit, frühzeitige Hineinzwängung in den traurigen Rahmen des sozialen Klassenunterschiedes.“

*Namen der Gerechtigkeit (die ja auch Menschenwerk ist) das Recht hat, einen andern Menschen zu töten. Die Todesstrafe ist ein Feigheitsbeweis, im Grunde genommen natürlich. Die menschliche Gesellschaft und ihre Ordnung sucht sich gefährlicher Subjekte zu entledigen, dadurch dass sie sie tötet. Sie anerkennt dadurch die Hinfälligkeit ihrer sonstigen Strafpraktiken, sie fühlt sich also unfähig, durch Gefängnis oder ‚travaux forcés‘ oder ‚bagne‘ die gefährlichen Individuen zu bändigen. Die menschliche Gesellschaft, die die Todesstrafe ausübt, bezeugt dadurch einen offensichtlichen Mangel an Selbstvertrauen, d. h. Mangel des Vertrauens in ihre eigenen Satzungen. (...) [H]üten wir uns vor der Einführung der Todesstrafe!“<sup>5</sup>*

Auch der linksliberale Frantz Clément<sup>6</sup> nimmt 1935 in der *Luxemburger Zeitung* gegen die Todesstrafe Stellung und äußert sein Erstaunen über die teilweise tiefe Überzeugung für die Todesstrafe in katholischen Kreisen: „Dass ein Nichtchrist wie ich Gegner der Todesstrafe sein kann, das leuchtete mir immer ein. Aber dass ein Christ Anhänger derselben ist, das will mir beim besten Willen nicht in meinen unchristlichen Kopf hinein. Denn in der Christen Sinn ist nur Gott Herr über Leben und Tod. Nicht der Mensch, nicht der Staat. Nur Gott schenkt und nimmt das Leben. So gab es auch von jeher große fromme Christen, die sich mit Ekel vom Richtbeil abwandten. Ein Gekreuzigter ist Gottes Sohn. Auch er starb von wegen der römisch-jüdischen Staatsraison, als Opfer des denkwürdigsten Justizmordes der Weltgeschichte. Dass gerade von dem hohen Stuhl herab, über dem sein Bildnis hängt, Todesurteile gesprochen werden, dass Christen sie sprechen, vollstrecken und gutheißen, das ist wohl die blutigste Ironie, die die Menschheit erleben konnte.“<sup>7</sup>

5 Menü...?, in: Tageblatt 24. Januar 1934.

6 Frantz Clément (1882-1942) wird am 3. November 1882 in Mondorf geboren und wird zunächst Lehrer in Rodt und Kaundorf. 1905 besucht er die Universität Leipzig. Daneben ist er aber immer wieder journalistisch und literarisch tätig. 1913 wird er zum Chefredakteur des von Paul Schroell herausgegebenen *Escher Tageblatt*. Bei Kriegsbeginn 1914 wird er zusammen mit Schroell von den Deutschen festgenommen und verbringt eine fünfjährige Haftzeit in Ehrenbreitstein. 1924 gibt er seine Stellung als Chefredakteur des *Tageblatt* auf und arbeitet als Journalist und freier Schriftsteller in Paris, bzw. *Magny-les-Hameaux*. Zu dieser Zeit ist er auch Lektor des Ullstein-Verlags und Korrespondent „führender deutscher Zeitschriften und Zeitungen“. Auch die *Luxemburger Zeitungen* und Publikationen versorgt er mit Artikeln aus der „Lichterstadt“ und seinen *Pariser Briefen*. 1933 kehrt Clément nach Luxemburg zurück und schreibt vor allem für die *Luxemburger Zeitung*. Die Herausgabe ab April 1935 einer neuen Wochenschrift *Tribüne* muss dann jedoch im Oktober des gleichen Jahres wieder eingestellt werden. Frantz Clément, „humanistischer liberaler Demokrat“ und Intellektueller im Luxemburg der Dreißigerjahre, setzt sich sehr früh und vehement gegen das „Maulkorbgesetz“ und jede Art des Autoritarismus und Faschismus ein, wird ab dem Einmarsch der Nationalsozialisten in Luxemburg im Mai 1940 verfolgt, zieht sich aus der Öffentlichkeit zurück und wird bereits im Juli 1941 verhaftet. Clément wird am 2. Juni 1942 im KZ Dachau ermordet. Vgl. allg. CLÉMENT, Frantz: *Zickzack. Ein Lesebuch*, vorgestellt und kommentiert von Robert Thill, Mersch 2006.

7 CLÉMENT, Frantz, *Von der Todesstrafe*, in: *Luxemburger Zeitung*, 22. Februar 1935.

### 1. Die Debatten von 1948

In Luxemburg wurden kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 17 Todesurteile verhängt, davon 15 in politischen Strafsachen gegen Kriegsverbrecher, insbesondere gegen luxemburgische Kollaborateure. Neun der Urteile wurden vollstreckt, eines wurde nicht vollstreckt (in Abwesenheit). Demnach fanden von 1945 bis 1948 acht Hinrichtungen von Kollaborateuren nach politischen Prozessen statt. Die Todesstrafe wurde noch in zwei weiteren Fällen des gemeinen Rechts verhängt und in einem Fall vollstreckt.<sup>8</sup> Ein Straftäter (nach allgemeinem Strafrecht), der des Mordes in fünf Fällen in der Gegend von Ettelbrück für schuldig befunden worden war, wurde am 7. August 1948 erschossen: Er sollte der letzte in Luxemburg hingerichtete Straftäter sein.<sup>9</sup>

Im Jahr 1948 setzte die politische Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe wieder ein. Eine erste Parlamentsdebatte im März 1948 behandelte das Thema im Rahmen der vorgeschlagenen Neufassung der Artikel 8 und 9 des Strafgesetzbuchs über die Vollstreckung der Todesstrafe, deren Durchführung durch Erschießen im Strafgesetzbuch festgelegt werden sollte. Im Mai des gleichen Jahres flammte die Debatte im Rahmen einer geplanten partiellen Verfassungsänderung, insbesondere von Artikel 18 der Verfassung<sup>10</sup> („Die Todesstrafe für politische Verbrechen, der bürgerliche Tod und die Brandmarkung sind abgeschafft.“) wieder auf. Bereits am 6. Januar 1948 hatte der sozialistische Abgeordnete und Rechtsanwalt Adrien van Kauenbergh,<sup>11</sup> neben dem offiziellen Bericht der Spezialkommission über die Änderung verschiedener Artikel der Verfassung, darunter auch die Aufgabe der Luxemburger Neutralität, einen gesonderten Bericht vorgelegt. Darin schlug er vor, Artikel 18 der Verfassung wie folgt zu ändern: „Die Todesstrafe, der bürgerliche Tod und die

8 SPIELMANN, Alphonse, op.cit. 1976/2006, S. 72.

9 vgl. WEY, Claude, *Der Fall Bernardy – Der Fünffachmord von Windhof-Welscheid und die letzte Hinrichtung eines Gemeinverbrechers im gesellschaftlichen und politischen Spannungsfeld der frühen Luxemburger Nachkriegszeit (1945–1948)*, in: *Mord und Totschlag, Publications scientifiques du Musée d'histoire de la Ville de Luxembourg*, Bd XIV, Luxembourg 2009, S. 182 f. Der Täter, Nikolaus Bernardy, wurde 1948 als letzter Gemeinverbrecher in Luxemburg durch Erschießen hingerichtet.

10 Artikel 19 der Verfassung vom 9. Juli 1848 lautete: „Die Todesstrafe für politische Verbrechen, der bürgerliche Tod und die Brandmarkung sind abgeschafft.“ Artikel 122 bestimmt: „Die für politische Verbrechen abgeschaffte Todesstrafe ist durch die unmittelbar darauf folgende gelindere Strafe ersetzt, bis das neue Gesetz darüber verfügt hat.“ Diese Artikel, die in der Verfassung von 1856 und von 1868 (Artikel 18 und 118) bis 1999 enthalten waren, behielten somit die Möglichkeit der Todesstrafe in Strafsachen bei.

11 FAYOT, Ben / HOFFMANN, Serge / MAAS, Jacques / STEIL, Raymond, *100 Joër Sozialistesches Deputéiert an der Lëtzebuurger Chamber*, Luxemburg 1997. Notiz zu Adrien van Kauenbergh, S. 135.

Brandmarkung sind abgeschafft.<sup>12</sup> Durch das Weglassen des Wortes „politisch“ in Bezug auf die Todesstrafe wollte van Kauenbergh sie in allen Bereichen, also auch in Strafsachen, abschaffen.

Die Debatte über die Todesstrafe kam jedoch zunächst vor die Abgeordnetenkommission aufgrund einer Prüfung durch eine Kommission, eingesetzt durch Ministerialerlass vom 31. Mai 1947, die die Modalitäten ihrer Vollstreckung im Strafgesetzbuch (Artikel 8 und 9) im Hinblick auf deren Abänderung untersuchen sollte. Am 18. März 1948 hatte Adrien van Kauenbergh einen eigenen Änderungsantrag zum Entwurf des Gesetzes zur Modifizierung der Vollstreckungsmodalitäten vorgelegt, mit der Forderung, jede Todesstrafe von Rechts wegen in lebenslängliche Zwangsarbeit umzuwandeln. Das Tageblatt berichtete wie folgt über die Debatte aus dem Parlament: *„Die Kammer diskutiert hierauf ein Gesetzesprojekt betreffend Abänderung der Artikel 8 und 9 des Strafgesetzbuches. Besser ausgedrückt handelt es sich hier um die Art und Weise, wie Kriminalverurteilte des gemeinen Rechtes in Zukunft hingerichtet werden sollen. Typisch ist es, dass ein Christlich-Sozialer, Herr Tony Biever, der ja zur Maxime haben sollte: Du sollst nicht töten, sich zum Berichtersteller eines solchen Projektes hergibt. Wenn man sieht, wie unsere Regierung versagt und die Hände in den Schoß legt, wenn es sich darum handelt, Menschen leben oder auch nur menschenwürdig leben zu lassen, dann muss man wiederum staunen, wenn man sieht, wie schnell gearbeitet wird, wenn es gilt Menschen zu töten. Da ist eine Kommission eingesetzt worden, die zur Mission hatte, auszurechnen, wie teuer es zu stehen kommt, wenn man durch die Guillotine hinrichtet, oder wenn man hängt. Man bedenke, schon die Konstruktion des ganzen Apparates kostet ,wenigstens 200.000 Franken‘.<sup>13</sup> Wir werden den makaberen Bericht dieser Kommission noch veröffentlichen, denn wir sind der Ansicht, dass man so schnell mit dem Projekt vorangemacht, damit die Presse nicht dazu Stellung nehmen sollte. Es wird trotzdem geschehen, denn das Land soll sehen, mit welchen Mätzchen man sich bei uns in dieser Zeit, wo andere Probleme zur Frage stehen, abgeben kann. Wir sind Gegner, überzeugte Gegner der Todesstrafe. Aber es ist hier nicht der Ort, hierüber Dissertationen*

12 Compte-rendu des travaux de la chambre des députés du Grand-Duché de Luxembourg, 1947-1948, S. 148. Vgl. auch die Begründung zum Gesetzentwurf Nr. 2199, S. 2290 und S. 2310-2313.

13 Diese Kommission hatte zum Thema der Vollstreckung durch Enthauptung festgestellt: *„Tout d’abord la dépense pour la construction de cet appareil est élevée. Une estimation superficielle fait envisager la somme de 200.000 au moins. (...) Dans ces conditions, la commission a réexaminé la possibilité d’une exécution par décapitation, en faisant appel à l’aide étrangère.“* Ebd., S. 2311. Vgl. auch SIMON, André, *op.cit.*: *„On nous a épargné une machine à couper les têtes au motif que ni les gages ni les frais de déplacement de l’exécuteur n’ont pu être fixés.“*

zu führen. Sagen wir für den Augenblick, dass Herr Justizminister Schaus sich für den billigsten Staatsmord, das Erschießen, ausspricht. Herr Dupong spart sogar auf den Leichen der Verbrecher. Non olet. Jängi Fohrmann weist erneut auf das eigenartige Vorgehen der Mehrheit hin. Gestern wurde das Projekt vor die Kammer gebracht. Heute muss sie bereits darüber entscheiden. Das Land soll wissen, dass es sich hierbei nicht um die Hinrichtung von Kriegsverbrechern oder Verrätern handelt, sondern um Delinquenten des gemeinen Rechtes. Warum will man heute, was seit 50 Jahren gut war, nämlich Begnadigung eines zum Tode Verurteilten zu lebenslänglicher Zwangsarbeit im Handumdrehen abschaffen? Alles dies hat den Anschein, als hätte die Mehrheit jemanden im Gefängnis sitzen, den, da sie ihn nicht guillotiniert, unbedingt durch Erschießen um die Ecke bringen will. Adrien van Kauenbergh weist darauf hin, dass sich bei den Verfassungsrevisionsdiskussionen in der Spezialkommission die Sozialisten gegen die Todesstrafe bei uns – Kriegsverbrecher und Landesverräter ausgeschlossen – ausgesprochen haben. Dabei gehen sie einig mit den größten Kriminologen des Westens. Er bringt einen Besserungsantrag ein, demzufolge die Todesstrafe in jedem Fall in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt werden soll.“<sup>14</sup> Der Änderungsantrag des Strafgesetzbuches wurde von der Regierungskoalition zwischen CSV und dem Groupement patriotique et démocratique, dem Vorreiter der Demokratischen Partei (DP), abgelehnt und der ursprüngliche Gesetzesentwurf, der die Hinrichtung durch Erschießen vorsah, mit 31 gegen 16 Stimmen angenommen.<sup>15</sup> Artikel 8 des Strafgesetzbuches lautet nun: *„Tout condamné à mort sera fusillé.“*

14 Vgl. *Aus der gestrigen Kammersitzung*, in: Tageblatt, 19. März 1948. Vgl. auch Luxemburger Wort, 19. März 1948: *„Hr. Van KAUVENBERGH erklärt, seine Partei sei für die einfache Abschaffung der Todesstrafe. Er bringt einen Antrag ein, gemäß dem jede Verurteilung zum Tode in lebenslängliche Freiheitsstrafe abgeändert werden soll. (...) Hr. Minister Lambert SCHAUS stellt fest, dass die Regierung die Modalitäten der Exekutive festlegen kann. Hr. Eugène SCHAUS ist der Auffassung, dass eine zunehmende Kriminalität nur durch entsprechende Strafen zurückgedrängt werden kann.“*

15 Vgl. *Loi du 2 avril 1948 portant modification des articles 8 et 9 du Code pénal*, in: Mémorial A Nr. 22, vom 8. April 1948, S. 499: *„Art. 1er. L’art. 8 du Code pénal est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes: Tout condamné à mort sera fusillé. Art. 2. L’art. 9 du Code pénal est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes: L’exécution se fera soit dans l’enceinte de la prison qui sera indiquée par l’arrêt de condamnation soit en tout autre endroit à désigner par arrêté du Ministre de la Justice. La condamnation sera exécutée en présence du procureur général ou d’un membre du parquet à désigner par lui, du greffier de la Cour d’assises, de l’administrateur et du médecin de la prison, du commandant de la gendarmerie. Auront le droit d’assister à l’exécution, les défenseurs du condamné, l’aumônier de la prison, les ministres du culte dont le condamné aura réclamé ou admis l’assistance. Le parquet général ainsi que les bourgmestres des localités à laquelle le condamné appartenait, où le crime a été commis et où l’arrêt sera exécuté, pourront distribuer chacun six autorisations spéciales au plus pour assister à l’exécution. L’arrêt qui portera la peine de mort sera imprimé par extrait et affiché dans les trois communes indiquées ci-dessus; l’affiche indiquera le jour et l’heure de l’exécution. Le procès verbal de l’exécution sera également imprimé par extrait et affiché dans les mêmes communes.“*

## Die politischen Debatten um die Abschaffung der Todesstrafe

Kurz darauf, am 22. April 1948, kam die Debatte über die Todesstrafe wiederum auf die Tagesordnung der Abgeordnetenversammlung. Der Staatsrat hatte sich mit der Mehrheit der Stimmen gegen den sozialistischen Änderungsantrag von Artikel 18 der Verfassung ausgesprochen. Er hatte in seiner Stellungnahme vom 24. Februar 1948 festgehalten, dass die Frage der Todesstrafe, trotz des Beispiels einiger „westlicher Länder“ Europas, nicht auf ihre Rechtmäßigkeit geprüft zu werden brauche, und führte als Argument die Tatsache an, die „romanischen“ Länder um Luxemburg herum hätten die Abschaffung noch nicht vollzogen.<sup>16</sup> Das *Tageblatt* berichtete wie folgt über die Debatte vom 22. April 1948 und den emotionalen Appell von Adrien van Kauenbergh: *„Wir kommen zu Artikel 18. Der der Kammer von der Spezialkommission vorgeschlagene Text lautet: ‚Die Todesstrafe auf politischem Gebiet, der zivile Tod und die schändende Anprangerung sind abgeschafft.‘ Die Sozialisten haben hier einen Antrag eingebracht, die Todesstrafe als solche überhaupt abzuschaffen. (...) Hr. Loesch zitiert sodann Thomas von Aquin zur Rechtfertigung der Todesstrafe. Er hätte auch die Jesuiten zitieren können zur Rechtfertigung der Scheiterhaufen der Inquisition. Er zitiert auch Donnedieu de Vabres, der uns in Nürnberg persönlich gesagt hat, dass er gegen die Todesstrafe sei, sogar gegen den Tod der Nürnberger Kriegsverbrecher, weil das keine Strafe für sie sei, sondern eine ‚cochonnerie au nom de la loi.‘ Dann spricht sich auch noch Hr. Innenminister Eugene Schaus der das neue ominöse Erschießungsgesetz auf dem Kerbholz hat für die Todesstrafe aus. Adrien van Kauenbergh nimmt wie folgt Stellung: ‚Ich werde mich nicht bei den klassischen, philosophischen und politisch-kriminellen, sogar nicht einmal bei den sentimental Theorien, die das Problem der Todesstrafe aufgeworfen, aufhalten. Ich sage Ihnen ganz einfach, dass für den P.O.S.L. die Verurteilung eines Angeklagten nicht so sehr eine Bestrafung, als ein Mittel zur Wiedererziehung sein soll. Die Todesstrafe ist in unserer Gesellschaft keine Notwendigkeit mehr. Die Todesstrafe ist eine Züchtigung der Vergangenheit, die den niedrigsten Instinkten entsprach. Ich werde Ihnen nur vorlesen, was Macchiavel geschrieben hat: ‚Im Maße, in dem die Strafen im Gesellschaftsstaat milder werden, wird der Mensch sensibler, und wenn man dieselben Beziehungen zwischen Gegenstand und Empfinden wahren will müssen die Strafen weniger streng sein.‘ (...) Der P.O.S.L. hält den vorgeschlagenen Text, der wie folgt lautet, aufrecht: Die Todesstrafe, der zivile Tod und die schändende Anprangerung*

<sup>16</sup> Gesetzesentwurf Nr. 2199, S. 2313.

*sind abgeschafft.‘ [Dem] Schreiber dieses, der schon so vielen Hinrichtungen luxemburgischer Verräter in Luxemburg beigewohnt hat, sei es erlaubt zu fragen: Welchen Nutzen hat die luxemburgische Gesellschaft gehabt, dass diese Verräter mit dem Leben oder dem Tode gebüßt haben? Den einzigen Eindruck, den er von einer solchen Hinrichtung davon getragen, ist der einer unsäglichen Schweinerei. Ist vielleicht irgendein Luxemburger stolz auf diese Schweinerei? So sage er es.“<sup>17</sup> Der sozialistische Änderungsantrag wurde am 27. April 1948 mit 35 Stimmen der Christlich-Sozialen Volkspartei (CSV), des *Groupement patriotique et démocratique* und der Kommunistischen Partei gegen 9 der Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei (LSAP) abgelehnt. Dieses deutliche Ergebnis ließ weder einen Zweifel am Willen der politischen Mehrheit noch an dem der öffentlichen Meinung, die Todesstrafe beizubehalten. Justizminister Eugène Schaus (*Groupement*) hatte besonderen Nachdruck auf „die zunehmende Kriminalität in allen Ländern, die politischen Verbrechen des Krieges und die nicht politischen Straftaten“ gelegt und fügte hinzu, in der Vergangenheit seien in Luxemburg alle zum Tode Verurteilten begnadigt worden, und vielleicht würde man ja eines Tages wieder an den Punkt kommen,*

<sup>17</sup> *Die Verfassungs-Debatten gehen weiter*, in: *Tageblatt*, 23. April 1948. Im Originaltext sagte der CSV-Abgeordnete Loesch am 22. April in der Kammer u.a.: „La Commission spéciale, à la majorité, propose le maintien du texte. La Commission avait été saisie d’un amendement du parti ouvrier qui avait voulu inscrire dans la Constitution l’abolition de la peine de mort. La Commission spéciale qui avait examiné les pour et les contre aurait également pu s’étendre sur des considérations de politique criminelle qui militent en faveur du maintien du texte. Mais nous nous sommes bornés à maintenir la peine de mort parce que nous estimons que l’opinion publique, à l’heure actuelle, ne comprendrait pas que la peine de mort ne pourrait pas être appliquée à des traîtres ou à des criminels ayant sous l’occupation fait souffrir notre population. Nous tenons en effet en ce moment en prison sous forme de détention préventive des criminels vraiment de premier ordre, si je peux m’exprimer ainsi. Nous avons mis la main sur des criminels de guerre, dont certains seront condamnés à la peine de mort, parce que durant des années ils ont fait souffrir notre population. Nous avons mis la main sur de véritables traîtres luxembourgeois et enfin nous avons malheureusement en ce moment en détention des criminels qui se sont livrés à des assassinats absolument extraordinaires. Qu’il me soit permis de relever le fait d’un seul criminel qui aux environs d’Ettelbruck, il y a quelques mois, a mis à mort 5 personnes. Est-ce que nous allons maintenant abolir la peine de mort pour faire échapper ce criminel au châtement suprême? Je prie donc la Chambre d’adopter le texte de la Commission spéciale qui s’est prononcée pour le maintien de la peine“. Woraufhin Adrien van Kauenbergh erwiderte: „Messieurs, je ne m’arrêterai pas aux théories classiques, philosophiques, politico-criminelles, voire même sentimentales, qu’a soulevées le problème de la peine de mort. Je vous dirai simplement que pour le parti ouvrier socialiste la condamnation du prévenu n’est pas tant une punition qu’un moyen de rééducation. La peine de mort qui est une peine irréparable dans notre société n’est plus une nécessité. La peine de mort est un châtement du passé qui correspondait aux instincts les plus bas. Je vous lirai tout simplement ce que Machiavel disait: ‘A mesure que les peines s’adoucissent dans l’état de la société, l’homme devient plus sensible, et si l’on veut conserver les mêmes rapports entre l’objet et la sensation, les peines doivent être moins rigoureuses.’ (...) Le parti ouvrier socialiste luxembourgeois maintient le texte qu’il a proposé et qui est le suivant: ‘La peine de mort, la mort civile et la flétrissure sont abolies.’“

wenn die Zeiten ruhiger und die Gefahr nicht mehr so groß sei, dass man erneut begnadigen könne.<sup>18</sup>

### 2. Die Debatten der siebziger Jahre und die Abschaffung der Todesstrafe

„Ce qu'a fait en France Robert Badinter, Robert Krieps l'a fait au Luxembourg.“<sup>19</sup> schrieb Alphonse Spielmann, ein enger Vertrauter und Mitarbeiter des da-



Robert Krieps zuhause in Merl-Belair

maligen Justizministers (1974-1979), rückblickend über die Abschaffung der Todesstrafe in Luxemburg. Aber wer war Robert Krieps und was war die Motivation für sein politisches Handeln? Zunächst war

18 Justizminister Eugène Schaus bemerkte seinerseits in der Kammer: „(...) le problème n'est pas fait pour être discuté de cette façon. Il s'agit simplement de savoir si nous inscrirons dans la nouvelle Constitution l'abolition définitive de la peine de mort. Est-ce au moment où nous trouvons la criminalité en recrudescence dans tous les pays, la criminalité politique de guerre, de droit commun, est-ce que nous allons abolir la peine de mort dans notre pays alors que dans tous les autres pays elle est maintenue?“ Ebd. Compte-rendu 1947-1948, S. 1051.

19 SPIELMANN, Alphonse, *op.cit.*, 2003/2006, S. 86.

natürlich seine Inhaftierung durch die Nazis als sehr junger Mensch im Grundgefängnis und in den Konzentrationslagern SS-Sonderlager Hinzert, Außenlager Wittlich, Natzweiler und Dachau prägend für Krieps.<sup>20</sup> Aber auch die politischen Erfahrungen seines Vaters, des Gewerkschaftlers und sozialistischen Abgeordneten Adolphe Krieps, beeinflussten ihn, da er sie bereits ab Mitte der dreißiger Jahre als Jugendlicher bewusst miterlebte. Der studierte Jurist und Rechtsanwalt Robert Krieps besticht zeitlebens durch seinen offenen, freien Geist und seine konsequente Ablehnung jeder Form von Obrigkeitsstaat, ganz gleich welcher politischen Couleur. 1968 protestiert er gegen den Einfall sowjetischer Panzer in die Tschechoslowakei und hilft, tschechische Flüchtlinge nach Luxemburg in Sicherheit zu bringen. Am 20. August 1969, dem ersten Jahrestag der Invasion der Tschechoslowakei durch die Truppen des Warschauer Pakts, gedenken die Gemeinderatsmitglieder Robert Krieps und Frinn Zürn auf eigene Initiative dem Selbstmord des tschechischen Studenten Jan Palach mit einer Erinnerungsplakette am Rande der „Place d'Armes“. 1970 ist er Mitbegründer der luxemburgischen Sektion von Amnesty International. Anfang 1974, nach dem Militärputsch von Pinochet, steht er an der Spitze des Comité „Chili Libre“. Er setzt sich dafür ein, den chilenischen Flüchtlingen in Luxemburg eine neue Heimat zu schaffen. Sein Leben lang setzt er sich für die Emanzipation des Menschen ein: Er ist Anfang der siebziger Jahre Gründungsmitglied des „Planning familial“ und wird Präsident der „Ligue de l'Enseignement“.

Die politische Karriere von Krieps erstreckt sich über die Jahre 1963 bis zu seinem Tod im August 1990. Am 13. Oktober 1963 erlangt er sein erstes politisches Mandat, als er in den Gemeinderat von Luxemburg-Stadt gewählt wird. Kurz danach, bei den Parlamentswahlen vom 7. Juni 1964, wird er Abgeordneter im Zentrum und Fraktionspräsident der Sozialisten im Parlament. Die damalige Koalition mit der CSV ist schwierig und der junge Fraktionspräsident provoziert den Koalitionspartner das ein oder andere Mal äußerst heftig. Mehrmals verursacht er fast eine Regierungskrise, die dann im Oktober 1968 schlussendlich auch eintritt. Bei den Wahlen vom 15. Dezember 1968 wird Robert Krieps nicht wieder gewählt. Er versucht in den schweren Jahren, die nun über die LSAP hereinbrechen, eine konstruktive Rolle in der Partei zu spielen und zwischen den Flügeln zu vermitteln. Nach der Spaltung der Partei, im

20 Vgl. allg. LIMPACH, Marc, „La mesure de tout est la dignité de l'homme“ – Ursprünge und Elemente des politischen Engagements von Robert Krieps, in: FAYOT, Franz / LIMPACH, Marc (Hrsg.), *Robert Krieps (1922-1990). Démocratie – Justice – Culture – Éducation, Fondation Robert Krieps*, Esch-sur-Alzette 2009, 480 S. Ebd. S.13.



Die Minister der sozialliberalen Koalition (1974-1979) (Foto: Revue)

Dezember 1970<sup>21</sup>, arbeitet er als Mitglied der Parteiführung intensiv am Wiederaufbau mit und versucht der Partei einen klaren linken Kurs zu geben. Gleichzeitig arbeitet er daran, die CSV in Luxemburg endlich wieder in die Opposition zu drängen und eine Mitte-Links Koalition an die Regierung zu bringen.

Von den drei großen Parteien wies allein die LSAP in ihrem Wahlprogramm von 1974 klar darauf hin, dass die Todesstrafe abgeschafft werden soll.<sup>22</sup> Der Schwerpunkt im Programm der DP lag in der Errichtung eines neuen Gefängnisses, sowie in Bemühungen zur Resozialisierung der Gefangenen, die bereits teilweise unter dem liberalen Minister Eugène Schaus (1969-1974) umgesetzt worden waren.<sup>23</sup> Ende Mai 1971 hatte zudem Gaston Thorn erklärt die DP wäre eine „Linkspartei“<sup>24</sup> und inspirierte sich dabei wohl auch an der Entwicklung der bundesdeutschen FDP.<sup>25</sup> Auf

dem Nationalkongress der DP vom 27. November 1971 wurden von Gaston Thorn und Marcel Mart die großen Linien des neuen Grundsatzprogramms präsentiert, über welches allerdings erst im folgenden Jahr abgestimmt werden sollte.<sup>26</sup> Robert Goebbels beschrieb 1972 im *Tageblatt* die spezifischen Gegensätze innerhalb der DP, was die Frage der Abschaffung der Todesstrafe betraf: „Folglich gibt es kein Argument zur Beibehaltung der Todesstrafe, es sei denn, man wolle am biblischen ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘ festhalten, eine schlussendlich barbarische Geisteshaltung, derzufolge die Justiz nur eine primitive Rachefunktion besitzen würde. Gerade diese letzte Mentalität scheint noch weit verbreitet zu sein, denn selbst in einem Land wie Luxemburg, in dem es glücklicherweise keine allzu große Kriminalität und auch nur wenig Kapitalverbrechen gibt, stößt man mit der

21 Vgl. allg. FAYOT, Ben, *Repères historiques*, in: *100 Joër Sozialistesche Partei zu Lëtzebuerg*, Luxemburg 2002. Ebd. S. 34.

22 *Fortschritt und Verantwortung*, Programm der LSAP von 1974, S. 10: „Die Todesstrafe wird abgeschafft.“ Das Programm beinhaltet im Kern die Modernisierung des Strafvollzugs.

23 Wahlprogramm der DP von 1974, S. 67.

24 So meinte Thorn: „Die Leute der Linken sind fortschrittlich: Sie versuchen das Ererbte weiter zu formen. (...) Wenn dies die Definition der Rechten und der Linken ist, so soll auf diesem Kongress klar gesagt werden, dass wir eine Linkspartei sind. Denn wir wissen, dass die Welt nicht stehen bleibt, dass wir stets den Blick nach vorwärts richten müssen.“ in: Lëtzebuurger Journal 25. Mai 1971 zitiert nach: ROEMEN, Robert, *Aus Liebe zur Freiheit – 150 Jahre Liberalismus in Luxemburg*, Luxemburg 1995, S. 426.

25 Im Oktober 1969 kam eine SPD-FDP-Koalition auf Bundesebene zustande. SPD-Chef Willy Brandt räumte der FDP unter Walter Scheel bedeu-

tende Ministerposten ein, die sie von der Union nie erhalten hatte (unter anderem Äußeres und Inneres, später auch das Wirtschaftsressort). Die *Freiburger Thesen* wurden am 27. Oktober 1971 auf dem Bundesparteitag der FDP in Freiburg im Breisgau verabschiedet und orientierten die FDP in Richtung eines reformorientierten Sozialen Liberalismus. Vgl. Bundesvorstand der FDP, *Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik der Freien Demokratischen Partei*, Bonn 1971. Die *Freiburger Thesen* wurden bereits wieder 1977 durch die eher wirtschaftsliberalen *Kieler Thesen* abgelöst. Diese stellten dann die Weichen zur schwarz-gelben Koalition unter Helmut Kohl.

26 Vgl. ROEMEN, Robert, *op.cit.*, Luxemburg 1995, S. 428: „Der im ersten Entwurf des liberalen Manifests angekündigte Wille, ‚am Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung mitzuarbeiten‘, brachte den Herausgeber der Wochenzeitung *d’Lëtzebuurger Land* sogar ins Schwärmen. Leo Kinsch stellte fest, auf dem Bettemburger DP-Kongress sei ‚ein ideologischer Kreis um die ‚Linke Mitte‘ geschlossen“ worden. (*d’Lëtzebuurger Land* vom 3. Dezember 1971)“

Forderung auf Abschaffung der Todesstrafe auf ungeahnte Widerstände. Das musste auch DP-Präsident Thorn auf dem letzten Parteikongress der Liberalen erfahren, als er das liberale Manifest vorlegte, das u.a. die Abschaffung der Todesstrafe vorsieht. (Nebenbei: Was ist das für ein sonderbares Manifest, das Monate nach seiner Verabschiedung noch immer nicht veröffentlicht wurde?) Sogleich rührte sich Widerstand im Saal und ein spießbürgerlicher Notar plädierte vehement für ‚law and order‘ und die Beibehaltung der Todesstrafe. Zwar entschied der Kongress für die Abschaffung der Todesstrafe, doch ohne überwältigende Mehrheit, wobei Justizminister Schaus sich sogar der Stimme enthielt! Einem Delegierten zufolge hätte das Abstimmungsergebnis entgegengesetzt ausfallen können, wenn zahlreiche Norddelegierte nicht schon zu diesem Zeitpunkt den Kongress verlassen gehabt hätten. Trotz dieser Widerstände musste sich doch in der Abgeordnetenkammer eine Mehrheit zur definitiven Abschaffung der Todesstrafe finden.<sup>427</sup>

Trotz der vorangegangenen Spaltung der LSAP, im Dezember 1970, herrschte kurz vor den Wahlen von 1974 eine Aufbruchsstimmung im linken Lager jenseits der engen Parteigrenzen – und dies besonders in intellektuellen Kreisen. So schreibt der damalige Präsident von Amnesty International, Nic Klecker, im Mai 1974 im *Tageblatt*: „*La démocratie est la négation de la théologie, parce qu'elle désavoue la possibilité de la providence. En démocratie, l'histoire se décide à coups de votes, non par décrets divins exprimés par rois ou empereurs. C'est pourquoi la démocratie est difficile, mais aussi pourquoi elle contient tant de possibles. Cette idée fondamentale met du temps à être comprise par ceux-là mêmes qui participent au jeu de la démocratie, tant l'état théologique, du fond des âges, continue à être formellement présent et actif dans nos sociétés. Un gouvernement formé par des représentants de partis qui apportent (schématisons:) l'humanisme laïc et le socialisme (les deux ne pouvant entrer en conflit avec le seul christianisme qui vivra demain, celui qui est juste et qui refuse pompe, argent et tartufferie), un tel gouvernement pourra nous donner une ère de changement, de renouvellement, dans la mesure où elle se rendra compte de la nouveauté qu'il représente virtuellement, où il osera être créatif. (...) Les gens qui vont former le nouveau gouvernement devraient imaginer surtout des moyens pour nous conduire hors du moyen-âge.*“<sup>428</sup>

27 GOEBBELS, Robert, *Wozu noch Todesstrafe?*, in: *Tageblatt*, 4. August 1972.

28 KLECKER, Nic, *Tageblatt*, 8. Mai 1974, zitiert in *L'abécédaire de Nic Klecker* (zusammengestellt von Marc Limpach) in: KLECKER, Nic, *Qui inventera les réalités nouvelles*, Luxemburg 2009.

Bei den Wahlen vom 26. Mai 1974 ist es dann wirklich soweit: Die CSV verliert stark an Wählerstimmen, die neue LSAP hat sich wieder gefangen<sup>29</sup> und Luxemburg bekommt nun nach fast sechzig Jahren steter Regierungsbeteiligung der Rechtspartei/CSV die erste liberal-sozialistische Regierungskoalition unter Gaston Thorn.<sup>30</sup> Das Zustandekommen dieser Mitte-Links-Koalition ist ohne Zweifel zu einem großen Teil das Verdienst von Robert Krieps. Er wird in dieser Regierung Justiz-, Erziehungs- und Kulturminister. Zusammen mit seinem Staatssekretär Guy Linster setzt er zwischen 1974 und 1979 als Erziehungsminister wichtige Reformen im Bildungswesen durch. Als Kulturminister ist er der erste, der versucht die Kultur in Luxemburg konsequent zu demokratisieren und zu dezentralisieren. Er setzt einen neuen, breiteren Kulturbegriff durch und versucht den Graben zwischen elitärer und populärer Kultur zu überbrücken. Als Justizminister setzt er grundlegende Reformen durch, welche die Luxemburger Justiz entscheidend modernisieren. In seiner Regierungserklärung vom 4. Juli 1974 hatte Premier Gaston Thorn dann auch unterstrichen, die Modernisierung und Reform der Justiz sei eine der dringendsten Aufgaben der Regierung.<sup>31</sup> Krieps wird diese Reformen durchsetzen, er humanisierte unter anderem – in Zusammenarbeit mit dem „*Avocat général auprès de la Cour supérieure de Justice*“ Alphonse Spielmann – den Strafvollzug und erwirkte den späteren Bau eines neuen Gefängnisses.

### a) Die Humansierung des Strafvollzugs

Seine grundlegende Sicht auf eine moderne Justizpolitik resümierte Robert Krieps 1975 in seiner allgemeinen Erklärung vor der Abgeordnetenkammer: „*L'ordre imposé par la répression ou par la force n'engendre que médiocrité. Aussi faut-il choisir. Ou bien on donnera toujours ou par principe la préférence aux exigences de l'ordre qui sera aussi bien matériel que moral et philosophique, et dans ce cas forcément, et nécessairement on se méfiera et on brisera, on interdira tout ce qui est susceptible de troubler l'ordre. Ou bien on donnera, dans un sentiment je dirais d'optimisme la préférence à la dignité humaine*

29 POOS, Jacques F., *Ein politischer Erdbeben*, in: *Tageblatt*, 27. Mai 1974.

30 Vgl. allg. DELVAUX, Michel, *Structures socio-politiques du Luxembourg*, Luxemburg 1975, 178 S.

31 *Compte-rendu 1974-75*, S. 46. Weiter heißt es in Thorns Regierungserklärung: „*Dans le domaine de la poursuite et de la répression des infractions, le Gouvernement veillera à ce que les infractions de moindre gravité ne donnent pas lieu automatiquement à des poursuites soit inefficaces, soit disproportionnées. (...) En matière de droit des personnes, la libéralisation de la législation sur le divorce et sur l'avortement répondra aux légitimes aspirations de notre population à plus d'émancipation et à plus de responsabilité.*“ Die Abschaffung der Todesstrafe – obwohl Teil des Koalitionsprogramms – wird in der Regierungserklärung nicht erwähnt.





Revue, November 1975

*et aux nécessités de la libre-expression et dans ce cas on acceptera quelques risques, d'ailleurs largement compensés par les gains en sentiment de liberté, en spontanéité, en créativité, bref en humanisme. Je dirais que c'est au nom de l'hygiène et de l'ordre moral que les colonels grecs ont interdit les cheveux longs et ont créé les camps de concentration. Je m'empresse de dire que notre pays a une longue tradition de tolérance et d'amour de la liberté. Ainsi, aux plus sombres années de l'avant-guerre notre pays a résisté à la tentation qui émanait des régimes presque totalitaires ou carrément totalitaires qui nous entouraient. Et a répondu par un non, un non cinglant<sup>32</sup> aux paroles*

32 Anspielung auf das so genannte „Maulkorbgesetz“. 1937 sprach sich eine Mehrheit der Luxemburger Bevölkerung (50,67 Prozent) per Referendum gegen das „Gesetz zum Schutz der politischen und sozialen Ordnung“ aus. Das Scheitern des Referendums bedeutete das Aus der rechtsliberalen Regierung Bech, auf die im Herbst 1937 eine Koalition aus Rechtspartei, Arbeiterpartei und Liberalen folgte. Vgl. allgemein TRAUSSCH, Gilbert, *Le Maulkuerf de 1937*, in: d'Lëtzebuerger Land, 19. August 1977. Vgl. auch die Antwort von Michel Delvaux auf den Artikel von G. Trausch, in: d'Lëtzebuerger Land, 9. September 1977. Vgl. auch, Comité 50 „Joër Maulkuerw.“, (Hrsg.), *50 Joër Maulkuerw.*, Luxemburg 1987.

*d'alors, [des] ,Ordnungswächter'. On demandait donc à l'époque également de reléguer la liberté à l'arrière-plan et de mettre l'ordre à la première place.“<sup>33</sup> Robert Krieps möchte eine freiheitliche Gesellschaft und, als Justizminister, ein liberaleres Strafrecht, das nicht mehr auf das Vergeltungsprinzip gegründet ist, sondern vor allem die Erfordernisse der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte (EMRK) respektiert.<sup>34</sup> So meint der Jurist Fernand Schockweiler Jahre später: „le domaine ou l'engagement passionné de Robert Krieps en faveur de ses idéaux apparaissait avec le plus d'éclat était certainement celui de la justice pénale, où sa sensibilité particulière à l'égard de personnes privées de liberté lui dictait nombre de réformes destinées à garantir à ces dernières un minimum de droits et à éviter toute dégradation inutile de leur personnalité.“<sup>35</sup>*

Alphonse Spielmann<sup>36</sup> hatte bereits im Jahr 1976 seiner Überzeugung Ausdruck gegeben: „L'évolution pénale à travers le monde civilisé est dans le sens de l'abolition de la peine de mort.“<sup>37</sup> Die Debatte über die Humanisierung des Strafvollzugs und die Abschaffung der Todesstrafe hatte aufgrund der Irrwege des 20. Jahrhunderts, die von der vollkommenen Willkür der Justiz gezeichnet waren, an Dringlichkeit gewonnen. So zog vor allem die junge Bundesrepublik Deutschland (BRD), durch die Verankerung der Abschaffung der Todesstrafe in ihrem Grundgesetz von 1949, die Lehren aus ihrer jüngsten Geschichte. Hierzu schreibt der renommierte deutsche Rechtshistoriker Uwe Wesel in seinem Lehrbuch über die Geschichte des deutschen Rechts: „Am Anfang der Strafrechtsgeschichte der Bundesrepublik steht Artikel 102 des Grundgesetzes: 'Die Todesstrafe ist abgeschafft.' Das war nicht nur eine Reaktion auf ihren maßlosen Missbrauch im Dritten Reich, sondern auch das Signal für eine allge-

33 Exposé du Ministre de la Justice, Compte-rendu, 30. Oktober 1975, S. 281 f. Vgl. auch die REVUE-Titelgeschichte: *Strenge oder Milde für Straftäter*, REVUE Nr. 47, 22. November 1975.

34 Diese Reformen werden u.a. in einem juristischen Standardwerk beschrieben, das Robert Krieps gewidmet ist: „ce livre est dédié à Robert Krieps qui, pendant toute sa vie, a lutté pour une vraie protection des droits de l'homme“. SPIELMANN, Alphonse, WEITZEL, Albert, SPIELMANN, Dean, *La Convention européenne des droits de l'homme et le droit luxembourgeois*, Brüssel, 1991, 605 S.

35 SCHOCKWEILER, Fernand, *L'œuvre réformatrice de Robert Krieps en sa qualité de ministre de la Justice*, in: Tageblatt, 29. September 1990.

36 Spielmann ist zu jener Zeit *Avocat général et délégué du Procureur Général d'Etat pour la direction générale des établissements pénitentiaires et maisons d'éducation*.

37 SPIELMANN, Alphonse, 1976/2006, S. 73.

meine Liberalisierung des Strafens.“<sup>38</sup> So ergingen in der BRD von 1969 bis 1974 fünf Strafrechtsreformgesetze: Unter anderem traten Geldstrafen an die Stelle von kurzen Freiheitsstrafen und es wurde dafür ein sozial gerechtes System von Tagessätzen eingeführt. Die Modernisierung des Strafvollzugs in den verschiedenen Ländern ist im Rahmen der internationalen Entwicklung der Strafgesetzgebung zu sehen: Besonders in der Periode von 1970 bis 1976 erlässt der Europarat eine Vielzahl von Empfehlungen in Bezug auf den Strafvollzug<sup>39</sup> und eben auch in den Nachbarländern wie Belgien und Deutschland werden Reformen des Strafvollzugs initiiert.<sup>40</sup> In Luxemburg bringen ähnliche Reformprojekte Robert Krieps jedoch vehemente demagogische Angriffe von seinen politischen Gegnern, vor allem im rechtskonservativen, katholischen *Luxemburger Wort*, ein. Seine Mitarbeiter im Justizministerium erinnern sich später daran, wie sehr ihn diese persönlichen Angriffe belasteten: „il fut durement

touché par les attaques personnelles virulentes dont il fut l'objet en août 1976, en pleine période de vacances, au sujet de sa politique de l'exécution des peines et notamment la pratique des congés pénaux telle qu'elle avait été mise en place depuis quelque temps sur base d'une législation inspirée par les travaux du Conseil de l'Europe.“<sup>41</sup>

Man versteht die spätere Kammerdebatte von 1978/1979 über die Abschaffung der Todesstrafe in ihrer grundsätzlichen Bedeutung erst vor dem Hintergrund jener Diskussion, die vor allem Mitte der siebziger Jahre im Hinblick auf die Modernisierung des Strafvollzugs in Luxemburg geführt wurde. So hatte beispielsweise der oben genannte Magistrat Alphonse Spielmann, vom damaligen Generalstaatsanwalt mit dem Strafvollzug betraut, die aufeinander folgenden Justizminister Eugène Schaus (DP) und Robert Krieps (LSAP) über die unhaltbare Situation im Grund-Gefängnis informiert, das sich in der ehemaligen Abtei Neumünster in Luxemburg-Stadt befand. Krieps kannte das Gefängnis aus eigener Anschauung als junger Resistenzler im Zweiten Weltkrieg. Wegen seiner Tätigkeit im Widerstand war er, nach 9 Monaten im SS-Sonderlager Hinzert und im Außenlager Wittlich, am 29. Juli 1942 nach Luxemburg für fünf Monate ins Grundgefängnis überstellt worden, bevor ihn die Nazis dann Ende 1942 in die KZs Natzweiler und Dachau verschleppten. In den siebziger Jahren war das Grundgefängnis hoffnungslos veraltet und überfüllt: Es waren bereits vereinzelt Gefangenenrevolten ausgebrochen. Bereits am 22. Juli 1974 hatte Alphonse Spielmann an den gerade erst ernannten Justizminister Krieps geschrieben, er übernehme keine Verantwortung für Unruhen, die aufgrund der Bauälligkeit der Gebäude der Strafvollzugsanstalt Luxemburg-Grund ausbrechen könnten. Robert Krieps nahm dann auch in der Kammer zum Bau eines neuen Gefängnisses Stellung. Ein modernes Gefängnis sei: „[un] moyen très important pour mettre en route un traitement pénologique moderne ainsi que pour protéger en même temps citoyens et gardiens contre les criminels, c'est d'avoir un établissement pénitentiaire approprié et à l'abri de toutes épreuves d'ordre criminel.“<sup>42</sup>

Alphonse Spielmann verfolgte systematisch die Humanisierung des Strafvollzugs, besonders durch seine Praxis des Hafturlaubs, um eine bessere Wiedereingliederung

38 „Aber sie ließ lange auf sich warten. Zwar wurde 1953 die Möglichkeit der Strafaussetzung zur Bewährung eingeführt, eine der Forderungen der modernen Schule Franz von Liszts (...). Trotzdem blieb die klassische Schule Karl Bindings und seiner Vergeltungstheorie (...) herrschende Meinung in Rechtsprechung und Literatur, geprägt durch eine harte Haltung der Justiz. (...) 1966 veröffentlichte eine Gruppe von vierzehn jüngeren Professoren – unter ihnen Jürgen Baumann, Werner Maihofer und Klaus Roxin – einen Alternativentwurf, AE 66. Hier stand die Spezialprävention im Vordergrund (...) mit Forderungen nach einer Einheitsstrafe, Wegfall der kurzen Freiheitsstrafen, Erweiterung der Strafaussetzung zur Bewährung, Verwarnung mit Vorbehalt und Absehen von Strafe. Dieser AE 66 traf zeitlich zusammen mit der Bildung der großen Koalition. In ihr war ein Sozialdemokrat Justizminister geworden, Gustav Heinemann. Bevor er 1969 zum Bundespräsidenten gewählt wurde, hat er jene „Reform auf Raten“ vorbereitet, die dann von den Sozialliberalen bis zur Mitte der siebziger Jahre vollendet wurde. Nun hatte die moderne Schule sich endlich durchgesetzt, nach einem Dreivierteljahrhundert. 1968 ist das Ordnungswidrigkeitengesetz erlassen worden, das Bagatelldelikte entkriminalisierte. Und von 1969 bis 1974 ergingen fünf Strafrechtsreformgesetze, bis das Strafgesetzbuch 1975 endgültig in einer Neufassung veröffentlicht wurde. Die Strafbarkeit des Ehebruchs wurde abgeschafft, ebenso die der Homosexualität unter erwachsenen Männern und die Kuppelei auf schwere Fälle reduziert. Geldstrafen traten an die Stelle von kurzen Freiheitsstrafen und dafür wurde das Tagessatzsystem eingeführt.“ WESEL, Uwe, *Geschichte des Rechts*, 3. Auflage, München 2006, S. 577 f.

39 Résolution (70)1 relative à l'organisation pratique des mesures de surveillance, d'assistance et d'aide postpénitentiaire pour les personnes condamnées ou libérées sous condition; Résolution (73)17 sur le traitement de courte durée des délinquants adultes; Résolution (73)24 sur le traitement des délinquants en groupe et en communauté; Résolution (75)25 sur le travail pénitentiaire; Résolution (76)2 sur le traitement des détenus en détention de longue durée; Résolution (76)10 sur certaines mesures pénales de substitution aux peines privatives de liberté. Vgl. auch: Bundesministerium der Justiz et al. (Hrsg.), *Freiheitsentzug. Die Empfehlungen des Europarates 1962-2003*, Mit einer wissenschaftlichen Einleitung von Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner und Wiss. Mitarbeiter Frank Czerner, Mönchengladbach 2004.

40 Am 12. Februar 1976 verabschiedet der Bundestag nicht nur ein Reformgesetz zum Paragraphen 218 (Abtreibung), sondern kurz darauf, am 16. März, auch ein neues Strafvollzugsgesetz. Nach § 2 dieses Gesetzes ist das Ziel des Vollzuges: „Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel). Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten.“ Vgl. Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung (Strafvollzugsgesetz) vom 16. März 1976. Auszüge abgedruckt in: HARTTUNG, Arnold (Hrsg.) / BRANDT, Willy, *Der soziale Rechtsstaat – Reden und Dokumente*, Berlin 1983, S. 222. Vgl. auch allg. LAMPRECHT, Rolf, *Dreizehn Jahre geliebte Macht – Bilanz der sozialliberalen Koalition, (Teil IV: Rechtspolitik)*, in: DER SPIEGEL Nr. 43, 25. Oktober 1982.

41 ELSEN, Charles / MATHÉKOWITSCH, Marc, *Robert KRIEPS – Un grand ministre de la Justice*, in: FAYOT, Franz / LIMPACH, Marc, *op.cit.*, S. 114.

42 Compte-rendu 1976-77, S. 1988.

der Gefangenen nach ihrer Entlassung zu ermöglichen.<sup>43</sup> Er setzte sich jedoch unter anderem auch sehr früh für ein Gesetz über Rehabilitierung und soziale Wieder-



Alphonse Spielmann

eingliederung der verurteilten Straftäter ein. Bereits am 9. Dezember 1975 schrieb er an Justizminister Krieps: „En ma qualité de responsable du traitement pénologique des détenus et de reclassement social des condamnés, j'ai l'honneur de porter votre attention sur le projet de loi sur la réhabilitation des condamnés. Si ce projet était voté, un très grand nombre de condamnés pourraient présenter un casier néant, ce qui faciliterait énormément le reclassement des intéressés et constituerait le meilleur moyen pour prévenir la délinquance. Le problème est particulièrement brûlant en cas de demande en vue d'obtenir une autorisation

<sup>43</sup> DURLET, Romain, *Die Ära Spielmann, Helfen statt strafen: die Geburt des humanen Strafvollzugs*, Reihe von 5 Artikeln, erschienen im Tageblatt anlässlich des Todes von Alphonse Spielmann im Mai 2006.

*de faire le commerce ou un permis de conduire.*“<sup>44</sup> Doch die politische Debatte und die Angriffe gegen Krieps und Spielmann entzündeten sich vor allem an der Politik der Strafurlaube und an der Flucht von Häftlingen aus dem alten Gefängnis im Grund. Das zu jener Zeit dezidiert linksliberale<sup>45</sup> Wochenblatt *d'Letzebuurger Land* analysierte den tieferen Grund dieser vehementen persönlichen Angriffe auf Justizminister Robert Krieps im August 1976, im Rahmen der Affäre um den entlaufenen Strafgefangenen Ebsen,<sup>46</sup> wie folgt: „Ebsen, toute regrettable ou méprisable qu'aura été son action, a servi de prétexte à la droite, et plus précisément à son organe de presse, pour lancer un assaut en ligne contre celui qu'elle considère dans son optique conformiste rétrécie, comme l'ennemi public numéro un, le ministre de la Justice Robert Krieps. A lui seul, il incorpore pour la droite tout ce que le socialisme peut revêtir d'épouvantail. Krieps c'est autant la libéralisation de l'avortement et la réforme du divorce que l'humanisation ou la libéralisation pénale, sans même parler du domaine de l'éducation nationale. Des tabous. Pour la droite, il est la bête noire, l'homme à abattre, celui par lequel tous les maux arrivent. La frousse naïve et enfantine de voir la société bouger, l'opportunisme politique et l'aversion viscérale avec lesquels la droite essaye de s'articuler face à une gauche plus cohérente, ont conduit au fil des derniers douze mois vers des sommets rarement atteints. L'acharnement démagogique des faiseurs de panique du quotidien catholique a dépassé ces jours-ci tout entendement. Sans aucun discernement (...), les aoûtiers du 'Wort' ont puisé à pleines mains, sans scrupule et sans la moindre honnêteté intellectuelle, dans leur vaste réserve.“<sup>47</sup> Der CSV-Abgeordnete Mosar zitierte auch den ehemaligen DP-Justizminister am 24. November 1976 in der Kammer und forderte Krieps zum Rücktritt auf: „Dans une interview retentissant au sujet des regrettables incidents Ebsen et Corbin, et interrogé au sujet de la responsabilité afférente de l'actuel Ministre de la Justice, l'honorable M. Eugène Schaus s'est exprimé de la façon suivante: „Allenfalls sei gesagt, dass es immer eine Frage ist, wie weit man nun gehen will. Ich meinerseits wuss-

<sup>44</sup> Compte-rendu 1975-76, S. 3291.

<sup>45</sup> KRIEPS, Rosch, „d'Fräi Press“ *Der Traum von der idealen Wochenzeitung*, in: Forum Nr. 200, Mai 2000, S. 55. „Den politischen Wandel von 1974 mit seiner erstmals seit mehr als fünf Jahrzehnten in die Opposition verdrängten Rechtspartei und CSV betrachtete Leo Kinsch zu Recht als Durchbruch seiner Zeitung. Sein persönliches Verhältnis als *go-between* zwischen ‚den dräi Tunnen‘ (Tony Neuman, Antoine Krier und Antoine Weis) und den Ministern Thorn, Mart und Vouel gestattete dem L.L. lauffend Einblick hinter die Kulissen, aber auch ein orientierendes Eingreifen in die Vorarbeiten zum ‚Luxemburger Modell‘. Kinsch verstand seine Aufgabe nicht nur als Zeitzeuge, sondern auch als Wegweiser der Nation.“

<sup>46</sup> Krieps wird später in der Budgetdebatte vom 30. November 1978 noch einmal auf die Details der Affäre Ebsen zurückkommen.

<sup>47</sup> Y.W., *Les justiciers parmi nous*, in: *d'Letzebuurger Land*, 13. August 1976, S. 3.

te immer, welche Grenze nicht überschritten werden durfte. Wenn heute von einer neuen Politik gesprochen wird, muss man wissen, dass sie den Liberalisierungsprozess stärker vorangetrieben hat als die Politik, die davor betrieben wurde.' (L.W. 14.8.76). *Inutile de souligner ce qui, ici, est exprimé entre les lignes.*"<sup>48</sup>

Die „Gesellschafts-politische Arbeitsgruppe“ der „Jugendpor“ Luxemburg nahm sich in einer der ersten Nummern ihrer Zeitschrift *Forum* der Debatte um die Luxemburger Strafjustiz an: „Die Justiz unserer Gesellschaft ist krank. Unsere Presse bemüht sich seit Monaten fieberhaft um sie. Anlass des plötzlichen Interesses an der Kranken waren einige Ausbrüche in den heißen Sommermonaten. Gefangenenausbrüche. Nun ist man sich uneins, wie man solches zu kurieren vermöchte. Die einen lehnen eine Liberalisierung als Wundermittel ab und fordern einen größeren Verschleiß an Justizministern, die andern verdammen radikale Handhabung als unzeitgemäß und wollen halsstarrig an ihrer Medizin festhalten.“<sup>49</sup> Der Justizminister antwortete in einem Brief an die *Forum*-Redaktion am 29. November 1976: „La réforme des textes pénaux est une œuvre longue, complexe et susceptible de heurter bien des esprits. C'est la raison pour laquelle nous nous efforçons d'agir immédiatement au niveau de l'exécution des sentences rendues: c'est là que nous nous appliquons à introduire la composante sociale que la rigidité du texte pénal classique exclut. Ce n'est pas très satisfaisant pour la logique, mais d'un effet incontestable sur le sort des concernés.“<sup>50</sup>

Die wenigen Fehlschläge der strafrechtlichen Liberalisierungspolitik und vor allem des Resozialisierungsprogramms für Straftäter waren vom *Luxemburger Wort* in der Rubrik „Lénks geluust“, den anonymen, überaus polemischen und persönlich verletzenden Artikeln des ominösen „Lussert“, sowie in tendenziösen Reportagen über die Reformen im Strafvollzug und über die

angeblich hieraus resultierenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit aufgebauscht und hochgespielt worden. Anfang 1977 kam im Anschluss an die Affäre Corbin, bei der ein gewaltbereiter Häftling nicht vom Hafturlaub zurückgekehrt war, eine heftige Kampagne gegen Krieps und Spielmann in Gang, woraufhin Spielmann von seinen Funktionen zurücktreten musste oder vielleicht auch wollte. Nicht nur in diversen Artikeln, sondern auch in Karikaturen wurde Krieps im *Luxemburger Wort* persönlich angegriffen: „De Prisong, Madame Sotetnetweider? As onhelbar krank – en huet de Krieps.“ heisst es unter einer Karikatur im *Wort* vom 18. August 1976. Auch im Parlament ist die Stimmung beim Thema Strafvollzug aufgeheizt, wie man beispielsweise an einigen nicht sehr klugen Zwischenrufen von CSV-Abgeordneten wie Jean Wolter<sup>51</sup> und Jean Spautz, anlässlich einer parlamentarischen Frage zum Thema, bemerken kann.<sup>52</sup> Höhepunkt der parlamentarischen Auseinandersetzung über die Liberalisierung des Strafvollzugs ist aber die Interpellation vom 12. Mai 1977 des CSV-Abgeordneten Nic Mosar, der Krieps wiederum zum Rücktritt auffordert. Krieps verteidigt zunächst seinen Freund Alphonse Spielmann<sup>53</sup> und erklärt dann seine Politik in Sachen des Strafvollzugs: „Le problème qui nous occupe n'est pas celui du Grand-Duché, ce n'est pas un problème qui nous soit propre, c'est un problème dont la discussion a commencé au milieu du 19e siècle, lorsque la science s'est occupée des prisons et lorsqu'elle a dit que le code pénal était très joli; encore fallait-il savoir à quoi rimaient et à quoi devaient tendre les pénalités et les sanctions prononcées. Et nous

48 Compte-rendu 1976-77, S. 876.

49 GAG (Gesellschafts-politische Arbeitsgruppe in der Jugendpor Lëtzebuerg), *Unsere Strafjustiz unter Anklage*, in: *Forum* Nr. 9, Oktober 1976.

50 Die Antwort von Krieps ist im *Forum* Nr. 11, von Januar 1977 abgedruckt. Weiter beschreibt er die Liberalisierungsmaßnahmen wie folgt: „Les mesures concrètes d'individualisation, de resocialisation, d'humanisation (tout cela se tient) qui sont pratiquées:  
- Congé pénal (...), préparation au retour à la liberté.  
- semi-liberté (logé en prison, occupation à titre d'ouvrier pendant la journée chez patron)  
- travail sans surveillance directe (des prisonniers travaillant dans une situation proche de la semi-liberté, p.ex. Villa romaine, centre de logopédie)  
- mesures de substitution à courtes peines: elles consistent en des prestations volontaires et gratuites au lieu et place de peines d'emprisonnement inadéquates qui seront remises par voie de grâce.“

51 Vgl. zu Jean Wolter: GROSBUSCH, André, *Staatsertehende Oppositionspolitik oder Dauerwahlkampf?* in: TRAUSCH, Gilbert (Hrsg.), *CSV Spiegelbild eines Landes und seiner Politik? Geschichte der Christlich-Sozialen Volkspartei Luxemburgs im 20. Jahrhundert*, Luxemburg 2008, S. 378.

52 Frage 217 über den Strafururlaub. Sitzung vom 3. Mai 1977. Compte-rendu 1976-77, S. 2611. „**M. Wolter.** Haut sin der erëm sechs fortgelaf. Et as e richtege Skandal. Hoffentlech mecht den Här Minister et wêi den Här Spielmann. (...) **M. Wolter.** Git hinnen all Congé, dann hu dir keen Problem méi. **M. Spautz.** Da brauche mir och keen Prisong ze bauen. da baue mir en Altersheim. **M. Wolter.** Da gitt dir an d'Geschicht vum Land an.“

53 Compte-rendu 1976-77, S. 2702 f. Krieps erklärt den Rücktritt von Spielmann mit folgenden Worten: „ce délégué du procureur général a assumé en 1969, en 1972, en 1973 la responsabilité avec mon prédécesseur M. Schaus, une situation dont vous ne voulez plus vous souvenir, une situation où le personnel était en permanence en danger et où la situation était explosive. Eh bien, depuis 1969 jusqu'à la date récente où il a demandé à être relevé jusqu'au 1er janvier 1978 de la charge qu'il avait, il a travaillé tous les samedis, tous les dimanches, depuis 7 ans il n'a plus pris aucun congé et cet homme a été, à un moment donné, à la limite de sa résistance physique, et je dirais aussi psychique, alors qu'il a été victime d'une campagne de dénigrement et de malveillance qui manifestement dépassait largement un débat objectif sur une question qui pourrait être discutée entre gens de bonne volonté. Il a dû apprendre à ses dépens que la haine aveugle ne recule devant rien, et il a demandé à prendre de la distance par rapport à un problème qui était devenu tellement personnel pour lui par suite des accusations dont il a été la victime. Il a voulu prendre, comme je l'ai dit, de la distance. Messieurs, je voudrais dire que je lui conserve ma gratitude et mon amitié, tout comme je crois pouvoir dire, M. Schaus a toujours respecté et apprécié ses hautes connaissances.“

avons aujourd'hui deux écoles, l'école traditionnelle qui dit, les tribunaux doivent prononcer des peines et nous avons l'autre école qui dit, les tribunaux doivent ordonner des mesures et des mesures qui seront appliquées non plus par des juristes, mais par des gens qui ont fait des études spéciales, des psychologues, des pénologues, des sociologues. (...) On m'a reproché de m'être caché derrière le Conseil de l'Europe, lorsque j'ai dit que nous étions obligés par nos engagements. (...) Je crois que sur ce point encore nous ne sommes pas isolés. L'administration belge est également dans la même voie que nous et elle se réfère également au Conseil de l'Europe. Messieurs, dans ces conditions, je dis qu'il y a eu 203 congés dont il y a 5 cas de non-réintégration et qu'il y a eu 7 cas de retard. Sur les 7 cas de retard qui peuvent être considérés comme n'étant pas tout à fait conformes, le délégué avait autorisé 5 retards soit pour des raisons de famille, soit même parce que l'intéressé était en état d'ébriété. Il avait téléphoné et il était revenu le lendemain. Ce n'est pas un échec. Alors nous avons 5 cas de non-réintégration sur 203 congés.<sup>54</sup>

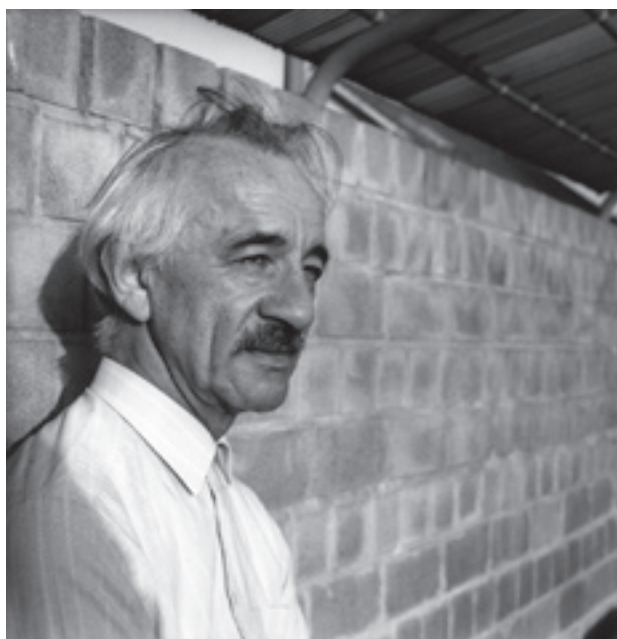
Robert Krieps expliqua sa politique „der letzten drei Jahre“ auch im Interview mit dem *Tageblatt*-Journalisten Romain Durllet, als eine Justizpolitik für den Bürger, mit dem Bürger: „Diese Koalition sah die Notwendigkeit ein, eine Reihe von Themen im Ministerium der Justiz zu behandeln, die bisher von den Regierungen nicht angefasst wurden.“ so Minister Robert Krieps. In

54 Krieps erläutert weiter: „Les mesures de substitution aux courtes peines qui ont été également introduites par moi n'ont pas jusqu'à présent d'échec. Là encore nous nous appliquons à nous conformer à une résolution du Conseil de l'Europe. La résolution 76 numéro 10 où il est dit qu'il est plus dangereux et plus néfaste d'amener des gens en prison pour quatre ou cinq mois, par exemple des chauffeurs qui ont causé des accidents graves parce qu'en général ce n'est pas à la légère qu'une peine pareille est prononcée, mélangez les conducteurs, ceux dont nous avons parlé et dont vous dites que ce sont des individus dangereux, nous avons estimé qu'il était préférable de trouver autre chose. Là encore nous nous sommes inspirés des systèmes qui sont pratiqués à l'étranger et nous avons décidé de substituer, selon la personnalité, bien entendu aux courtes peines d'emprisonnement des travaux dans l'intérêt de la communauté. Depuis le mois d'octobre nous avons 9 condamnés qui ont ainsi sacrifié leur congé annuel, qui ont sacrifié leurs week-ends pour travailler par exemple pour l'Institut de Déficiants visuels, pour la Croix-Rouge, pour le Musée de l'Etat, pour la Fondation Emile Mayrisch à Colpach, pour un centre de handicapés, des condamnés donc qui se sont là, sans rémunération aucune, sur leur congé, livrés volontairement à un travail qui était productif et qui était éducatif parce qu'ils ont pu se rendre compte lorsqu'ils ont vu des enfants aveugles qu'ils n'étaient pas tellement mal lotis eux, et que le centre des handicapés qui abrite des enfants handicapés qui étaient certainement innocents, là encore ils ont pu mesurer l'étendue de la misère humaine et cela est certainement plus éducatif qu'une peine subie dans une prison pendant quelques mois. Nous avons pratiqué et généralisé le système de semi-liberté. (...) Je vous rappellerai que du temps de la coalition à laquelle vous aviez donné votre adhésion, il y a eu jusqu'à 12 évasions de Givenich, si l'on veut considérer que c'étaient des évasions. Mais jamais on ne les a considérées comme telles, jamais votre journal n'a crié au scandale. Et vous avez fait tout un plat, de 4 jeunes garçons entre 16 et 17 ans qui ont pris la fuite de l'établissement de Dreiborn. Alors que là encore c'est un centre où les garçons sont mis en sécurité pendant la nuit et amenés au travail en milieu libre ou à l'éducation en milieu libre. Alors Messieurs, ces garçons rentrent tous les 15 jours, tous les mois à leur domicile. Une fois ils sont partis sans demander l'autorisation.“

der Tat galt es in einer ersten Phase die 100 Jahre alte Gesetzgebung unseres Staates unter die Lupe zu nehmen, die Rechtsprechung zu entmystifizieren und die Schwerpunkte neu zu verteilen. Es ging darum, den Bürger zu schützen und zwar einerseits seine Sicherheit zu garantieren und andererseits ihm die bestmöglichen Voraussetzungen im Dickicht der Justiz zu schaffen. Gesetze, die unseren modernen Anschauungen und Gewohnheiten nicht mehr Rechnung trugen, mussten revidiert werden; straffälligen Bürgern soll der Weg in die Zukunft nicht mehr, wie dies früher der Fall war, versperrt werden. Opfer von Gewalttätigkeiten sollten entschädigt werden. Luxemburg, so sieht es der Minister, soll ein moderner Rechtsstaat werden. Und in dieser Hinsicht wurde in den vergangenen Jahren viel Arbeit geleistet. Noch stehen wichtige Probleme auf der Tagesordnung, die in den kommenden Monaten zur Diskussion stehen werden. So die Frage der Schwangerschaftsunterbrechung, die Abschaffung des Spitzeldienstes und die Frage der Todesstrafe.<sup>55</sup>

Die jungen Autoren der Zeitschrift *Forum* beschrieben, im Oktober 1978, ganz ausführlich die Schärfe der Debatten in jener Zeit – und somit auch die Auseinandersetzung zwischen dem katholischen Wort und dem *Tageblatt*: „Trotz des Erfolges dieser zaghaften Liberalisierungspolitik benutzten die Rechtskräfte den Fall Corbin (der nicht aus dem Strafurlass zurückkehrte) um eine regelrechte Hetzkampagne gegen die Strafvollzugspolitik der Regierung anzuzetteln: Man spricht von den Auswüchsen eines pseudo-liberalen Strafvollzuges (L.W. 4.5.1977), vom Schiffsbruch der Liberalisierungspolitik (L.W. 6.5.1977) und fordert den Rücktritt des Justizministers. (...) In der Generalversammlung des hauptstädtischen Geschäfts-Verbandes protestiert der Generalsekretär J.Al. Schlechter, es würde leider nicht protestiert gegen die Strafvollzugsliberalisierung, d.h. gegen jene die unsere Kinder und Mütter totschiessen, sowie gegen einen Herrn Spielmann, der die Gangster and portugiesischen Ladendiebe laufen lasse. (tageblatt 6.4.1977). Die infame Hetzkampagne der Rechtskräfte, die die Unkenntnis und das Unverständnis weiter Bevölkerungskreise geschickt ausnützten, hatte leider einen Erfolg zu verzeichnen. In einem Communiqué teilte das Justizministerium mit: ‚le ministre a demandé au Procureur Général que la procédure de l'octroi des congés pénaux ainsi que d'autres mesures de traitement pénologique, soit réexaminée.‘ (Tagespresse vom 20.4.1977) Diese lakonische Mitteilung deutete unmissverständlich auf das vorläufige Ende der Liberalisierungspolitik hin. Es ist daher nicht

55 DURLLET Romain, *Eine Justizpolitik für den Bürger, mit dem Bürger – „t“-Gespräch mit Minister Robert Krieps über drei Jahre Aktivität im Justizministerium*, in: *Tageblatt* 13. Oktober 1977.



Nic. Klecker (Foto: Wolfgang Osterheld)

verwunderlich, dass der unermüdliche Verfechter dieser Politik, Generalanwalt Spielmann, es vorzog seinen Hut zu nehmen. Der Strafurlaub wurde in einer ersten Phase gänzlich gestoppt und dann einer bürokratischen Regelung unterworfen die den psychologischen Interessen der Gefangenen überhaupt keine Rechnung trägt. Kurze Haftstrafen wurden wieder eingeführt. Um den Dienst für die Allgemeinheit und das System der Halbfreiheit ist es still geworden. Ein eindeutiger Erfolg der Rechtskräfte und der Polizeiorgane, denen die Politik des Ministers schon immer ein Dorn im Auge war. (...) Dass nach solchen Maßnahmen einige Gefangene es vorzogen das Weite zu suchen, ist deshalb nicht weiter verwunderlich. Sollte man nicht die Frage stellen, ob vielleicht die sozialliberale Regierung nicht einfach aus wahltaktischen Gründen den Justizminister 'zur Ordnung' gerufen hat? Der Strafvollzug war noch nie für die politischen Parteien ein interessantes Problem, es lässt sich halt nicht in Wählerstimmen umsetzen.<sup>56</sup> Michel Delvaux berichtete ebenfalls im Oktober 1978 im *Tageblatt*, dass das Resozialisierungsprogramm nach Mai 1977 unter dem Druck der Rechten stagniert habe.<sup>57</sup>

56 ACTION PRISONS, *Der Strafvollzug in Luxemburg*, in: Forum n° 27, Oktober 1978. Vgl. hierzu auch SPIELMANN, Alphonse, *L'élan brisé. La criminalité : Mythe et réalité. Un retour des conceptions d'un autre âge*, in: d'Lëtzebuurger Land, 1978, Nr. 42, S. 8-10; Nr. 44, S. 6-7; Nr. 46, S. 8-10; Nr. 48, S. 8-9.

57 DELVAUX, Michel, *Versuch einer Bilanz der Justizpolitik (III)*, in: *Tageblatt*, 14. Oktober 1978.

Im Ende 1978 veröffentlichten *Exposé budgétaire 1979* des Justizministeriums nimmt Krieps selbst noch einmal Stellung zum Strafvollzug: „Dans le domaine pénitentiaire certaines réformes n'ont pas trouvé l'appui escompté auprès de l'opinion publique conditionnée par certains journaux. (...) C'est encore et toujours aux conditions faites aux marginaux que se mesurera le degré d'humanisme et la solidarité active d'une société. Il n'y a pas de regret à avoir voulu aider les plus faibles et à avoir trouvé sur son chemin les préjugés, l'incompréhension et l'hostilité des timorés et des nantis.“<sup>58</sup> Erstaunlich, dass ein katholischer Historiker noch 1998 von einer „Lockerung des Strafvollzugs im Sinn sicherheitsgefährdender ‚Humanisierung‘“ spricht.<sup>59</sup> Im gleichen *Exposé* des Justizministeriums gibt man 1978 jedoch auch bereits einen Ausblick auf das Gesetzesprojekt zur Abschaffung der Todesstrafe: „Ce projet ne contient pas une révision constitutionnelle, il ne modifie pas les articles 18 et 118 de la Constitution, mais énonce la peine qui doit remplacer la peine de mort dans les dispositions légales actuelles. Le Conseil d'Etat, dans deux avis s'est prononcé dans sa majorité pour une révision constitutionnelle. Néanmoins le Ministère de la Justice a jugé nécessaire de déposer son projet afin de permettre à la Chambre d'indiquer sa préférence en ce qui concerne, le choix de la procédure législative à adopter et d'exercer la plénitude de ses prérogatives dans une matière d'une importance de principe capitale.“

### b) Amnesty International, der Europarat und die nationale und internationale Kampagne zur Abschaffung der Todesstrafe

Doch auch das *Luxemburger Wort* kann das Rad der gesellschaftlichen Reformen nicht mehr ganz zurückdrehen: Luxemburg ist durch die Mitte-Links Koalition ein offeneres, sozialeres und fortschrittlicheres Land geworden. Aber die Abschaffung der Todesstrafe, obwohl Teil des Koalitionsprogramms, ist gegen Ende der Legislaturperiode noch immer nicht erfolgt. Dabei waren die Artikel 18 und 118 der Verfassung bereits am 17. Mai 1974 durch das vorangehende Parlament (mit einer CSV/DP-Regierungsmehrheit) zur Änderung freigegeben worden. Bereits am 19. April 1973 hatte „Amnesty International Luxemburg“ einen von Nic Klecker unterzeichneten Brief an den damaligen Justizminister Eugène Schaus (DP), der zumindest prinzipiell einer

58 Ministère de la Justice, *Exposé budgétaire 1979*, Luxemburg 1978. Vgl. auch für die BRD, *Dokumentation zu zehn Jahren sozialliberaler Rechtspolitik und zum Abstimmungsverhalten der Opposition*, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, Nr. 189, 2. Oktober 1979.

59 HELLINGHAUSEN, Georges, *150 Jahre Luxemburger Wort: Selbstverständnis und Identität einer Zeitung (1973-1998)*, Luxemburg 1998, S. 314.

versöhnlicheren Justiz zugetan war, gerichtet, in dem er forderte, die Frage der Abschaffung der Todesstrafe wieder zu prüfen. Minister Schaus bat die Justizbehörden um ein Gutachten: Alphonse Spielmann hatte ein positives Gutachten ausgestellt und im Mai 1974 wurden die einschlägigen Artikel in die Liste der möglichen Verfassungsänderungen aufgenommen.<sup>60</sup> Nic Klecker schrieb im Juli 1974 einen weiteren Brief, diesmal an den frisch ernannten Justizminister Krieps. Krieps antwortete umgehend, er würde ein Gesetzesprojekt zur Abschaffung der Todesstrafe ausarbeiten lassen.<sup>61</sup> Unter der neuen Mehrheit von LSAP und DP setzte Justizminister Krieps am 23. Oktober 1974 eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Zivilgesellschaft zur Prüfung der Abschaffungsfrage ein.<sup>62</sup> Zu dieser Arbeitsgruppe gehörten unter anderem der ehemalige Resistenzler und LPPD-Präsident Edouard Barbel<sup>63</sup>, Rechtsanwalt Adrien van Kauenbergh, Nic Klecker und Alphonse Spielmann. Die Gruppe sprach sich im Mai 1975 mit acht Stimmen gegen eine für die Abschaffung der Todesstrafe aus. Auch teilte sie die Ansicht, dass eine Verfassungsänderung dafür nicht notwendig sei und ein einfaches Gesetz ausreiche. Die Gruppe erarbeitete einen Gesetzesvorentwurf, der am 5. September 1975 vom Regierungsrat gebilligt wurde.

60 Vgl. JAANS, Jean, *Schafft die Todesstrafe ab!*, in: Revue, 1977, Nr. 53, S. 6 f.: „Aber bereits vorher, präzisiert gesagt am 19. April 1973, hatte ‚Amnesty International Luxemburg‘ einen von Nic. Klecker unterzeichneten Brief an den damaligen Justizminister Eugène Schaus gerichtet, in dem gefordert wurde, die Frage der Abschaffung der Todesstrafe zu prüfen. Minister Schaus bat den Experten Spielmann um sein Gutachten: Es war positiv. Und im Frühjahr 1974 wurde das Problem in die Liste der möglichen Änderungen an unserem Grundgesetz aufgenommen.“ Ebd. S.9.

61 Vgl. ELSÉN, Charles / MATHÉKOWITSCH, Marc, *op.cit.*, S. 109: „Un des premiers combats que mena Robert Krieps sur le plan législatif était celui de l’abolition de la peine de mort. Ce projet lui tenait particulièrement à cœur. Sous son prédécesseur Eugène Schaus, Amnesty International, par la voix de son président Nic Klecker avait questionné le Gouvernement sur sa position et le ministre avait transmis le dossier aux autorités judiciaires pour avis. Dès le changement de gouvernement Nic Klecker revint à charge en juillet 1974. Le ministre lui répondit par retour du courrier qu’il avait chargé ses services de préparer un projet de loi abolissant la peine de mort. Le projet fit par la suite l’objet de discussions sur la question de savoir s’il fallait passer par une révision constitutionnelle ou non. Le ministre défendit son projet contre ceux qui tout en reconnaissant les mérites de l’abolition, estimaient qu’en raison de certains faits de criminalité violente, le moment n’était pas bien choisi pour abolir la peine de mort, ou qu’il fallait la laisser subsister pour certains crimes particulièrement odieux. Il eut ainsi la satisfaction de pouvoir à la fin de son premier mandat, contresigner „ sa “ loi du 20 juin 1979 portant abolition de la peine de mort.“

62 Vgl. Gesetzesprojekt Nr. 2199, S. 2288 : „(...) le Ministre de la Justice institua le 23 octobre 1974 une commission d’experts avec la mission d’étudier le problème de la peine de mort et de soumettre au Gouvernement ses propositions sous forme d’un rapport et d’un avant-projet de loi. La prédite commission était composée comme suit: 1. M. Edouard BARBEL, président de la L.P.P.D., 2. M. Yves GOELDI, secrétaire de la F.E.P., 3. M. l’abbé Jules JOST, doyen de St. Michel, 4. M. Adrien van KAUVENBERGH, bâtonnier de l’Ordre des Avocats, 5. M. Nicolas KLECKER, président de „Amnesty International“, 6. M. Johnny LAHURE, secrétaire du LAV, 7. M. Paul NEUBERG, psychologue, 8. M. Colette SCHMIT-HUBERTY conseiller de Gouvernement, 9. M. Alphonse SPIELMANN, avocat général.“

63 Zu Ed. Barbel und seinen Aktivitäten im Widerstand (Gruppe ALWERAJE) vgl. allg. LIMPACH, Marc / KAYSER, Marc, *Wir glauben an die Demokratie – Albert Wingert, Resistenzler. Eine Monographie*, Luxemburg 2004, 328 S.

Nic Klecker, Lehrer, Poet, Essayist und Menschenrechtsaktivist war einer der Mitbegründer und erster Präsident (von 1970 bis 1980) von Amnesty International Luxemburg und von 1975 bis 1981 war er Mitglied der Menschenrechtskommission des Europarates.<sup>64</sup> Auch wenn er nie parteipolitisch aktiv war,<sup>65</sup> so war er doch in Luxemburg, zusammen mit Krieps und Spielmann, einer der wichtigsten Verfechter der Abschaffung der Todesstrafe. Die Luxemburger Sektion von Amnesty International war am 26. Februar 1970 gegründet worden. Neben Klecker war auch Robert Krieps Gründungsmitglied der Luxemburger Sektion.<sup>66</sup> Klecker erinnerte sich an die Anfänge von Amnesty in Luxemburg anlässlich des Todes von Krieps: „*Lorsqu’en 1970, il [Krieps] a rejoint notre groupe d’amis pour créer la section luxembourgeoise d’Amnesty International, il se sentait immédiatement chez lui dans une organisation qui mène une lutte concrète contre les violations des droits de l’homme et qui, à cette fin, a recours à la pression de l’opinion publique en révélant la répression, les faits de torture, les dénis de justice caractérisant les régimes totalitaires. L’ancien prisonnier du camp nazi appréciait surtout, dans l’action d’Amnesty International, le souci du contact avec les personnes retenues dans les prisons et les camps, le contact avec leurs proches, et l’intervention auprès des autorités responsables. Les sortir de l’anonymat les sauve souvent. Et Robert Krieps se souvenait du camp nazi où le prisonnier ne fut qu’un chiffre, qui pouvait être rayé de l’existence sans que les tueurs eussent à répondre de leur crime. Ce qui avait tout naturellement attiré Robert Krieps vers Amnesty International, c’était l’engagement actif et non seulement verbal pour la défense des droits de l’homme, qui fut, j’en suis convaincu, sa préoccupation essentielle.*“<sup>67</sup>

In Wien, im September 1973, beschloss die internationale Ratstagung von Amnesty, dass sich die Orga-

64 Die „Europäische Kommission für Menschenrechte“ war ein Organ des Europarats und sollte die Einhaltung und Durchsetzung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte sichern. Sie wurde 1954 in Straßburg errichtet und hatte dort ihren Sitz. Das ursprüngliche System der EMRK hatte drei Kontrollorgane zum Schutz der in der EMRK gewährleisteten Rechte eingesetzt: die Europäische Kommission für Menschenrechte, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und das Ministerkomitee des Europarates, das sich aus den Außenministern der Mitgliedstaaten zusammensetzt. Aufgrund der stark zunehmenden Zahl der Beschwerden kam es zu einer Reform der Überwachungsorgane der Europäischen Menschenrechtskonvention, die in Gestalt des 11. Zusatzprotokolls am 1. November 1998 in Kraft trat. Durch dieses Protokoll wurde die Kommission abgeschafft und der Gerichtshof zu einem ständigen umgestaltet, der seitdem ausschließlich für die Beschwerden zuständig ist.

65 Vgl. allg. KLECKER, Nic, *L’action des ONG en faveur de la sauvegarde des droits de l’homme*, in: Les cahiers luxembourgeois, Oktober 1998, S.63 f.

66 Vgl. die Gründungsstatuten von Amnesty International Luxemburg in: *Mémorial C*, 1970, S. 3447.

67 KLECKER, Nic, *Robert Krieps, défenseur des droits de l’homme*, in: FAYOT, Franz / LIMPACH, Marc, *op.cit.*, S.153.

nisation gegen die Vollstreckung von Todesurteilen und für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe einsetzen werde. Bis dahin war Amnesty nur dann gegen Hinrichtungen aktiv geworden, wenn gewaltlose politische Gefangene betroffen waren. Im Dezember 1977 verabschiedete Amnesty International die „Deklaration von Stockholm“, in der die Teilnehmer erklärten, die Todesstrafe uneingeschränkt abzulehnen und jede Form der Hinrichtung – ob auf Anordnung oder mit Duldung von Regierungen – zu verurteilen.<sup>68</sup> Dieses Grundsatzprogramm markierte den Beginn einer Reihe von weltweiten Aktivitäten von Amnesty zur Bekämpfung dieser Strafe.<sup>69</sup> In Luxemburg veröffentlichte Amnesty International 1977 ein Spezialdossier im *Lëtzebuurger Land*<sup>70</sup> und 1978 eine Broschüre mit dem Titel „Pour l’abolition de la peine de mort“<sup>71</sup>, die einen Bericht mit einem historischen Abriss zur Todesstrafe in Luxemburg sowie einer „Resolution für die Abschaffung der Todesstrafe“<sup>72</sup> von Seiten der Gewerkschaftsbewegungen und Jugendverbände der linken und christlichen Bewegung beinhaltet. Mitunterzeichner sind, neben Amnesty International: Actions Prisons, AFC, Perspectiv, Conférence générale de la Jeunesse, Forum, Jeunesse Chrétienne Sociale, Jeunesses Socialistes,<sup>73</sup> JOC, Lëtzebuurger Chrescht-

lech Gewerkschaftsjugend, Mouvement Ecologique, Onofhängeg Gewerkschaftsjugend, UNIAO.

Diese Kampagne ereignete sich vor dem Hintergrund einer international angespannten Situation, vor allem durch die Ausweitung des Terrorismus in mehreren Ländern. Im Jahr 1977 erreichten beispielsweise die Aktivitäten der sogenannten zweiten Generation der Roten Armee Fraktion (RAF) in Deutschland ihren Höhepunkt. Zunächst hatte die Entführung des deutschen Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer am 5. September und seine Ermordung am 19. Oktober 1977 durch die RAF in Deutschland und über die Grenzen hinaus Empörung ausgelöst. Die Entführer hatten die Freilassung von elf gefangenen RAF-Mitgliedern gefordert und durch die Ereignisse im „Deutschen Herbst“ wurde in der BRD eine Diskussion über die Wiedereinführung der Todesstrafe ausgelöst.<sup>74</sup> In der leidenschaftlich geführten Auseinandersetzung bestimmten zunächst die konservativen Kräfte den Ton. Die sozial-liberale Koalition unter Helmut Schmidt warf ihrerseits der Opposition eine teilweise hysterische Überreaktion vor und unterstellte ihr, sie nutze nun die Gelegenheit, die BRD ein Stück weit in einen Polizeistaat verwandeln zu wollen. Am 10. September 1977 wurde in Marseille Hamida Djandoubi, der der Folter und des Mordes an einer jungen Frau sowie der Vergewaltigung und Misshandlung einer 15-Jährigen für schuldig befunden worden war, hingerichtet. Das zuständige Geschworenengericht in Aix-en-Provence, dasselbe Gericht, das ein knappes Jahr zuvor bereits das Todesurteil gegen Christian Ranucci<sup>75</sup> gesprochen hatte, verurteilte ihn am 25. Februar 1977 dafür zum Tod. Nach Ablehnung eines Revisionsantrags durch den Kassationsgerichtshof in Paris am 9. Juni verweigerte der damalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d’Estaing am 9. September 1977 die Umwandlung des Urteils in eine lebenslange Freiheitsstrafe. Bereits am

68 Vgl. hierzu, BADINTER, Robert, *La peine de mort condamnée par Amnesty International*, in: *Le Nouvel Observateur*, 26. Dezember 1977; abgedruckt in: Ders., *Contre la peine de mort, écrits 1970-2006*, Paris 2008.

69 Am 26. September 1979 erschien der erste von Amnesty vorgelegte globale Todesstrafenbericht. Er beschrieb die juristische Situation und Praxis in 134 Staaten und Territorien. Eine so umfassende Darstellung hatte es bis dahin nicht gegeben. Vgl. allg. AMNESTY INTERNATIONAL, *Rapport sur la peine de mort*, Mazarine, Paris 1979, 367 S.

70 AMNESTY INTERNATIONAL Luxembourg, *La peine de mort* (dossier de la semaine), in: *d’Lëtzebuurger Land*, 1978, Nr. 33, S. 6: „Le problème de la peine de mort intéresse la section luxembourgeoise d’A.I. et le public à un double point de vue. D’une part la peine de mort légale existe toujours au Luxembourg, d’autre part les exécutions sommaires commises ou tolérées par les gouvernements à travers le monde, augmentent de façon inquiétante.“

71 AMNESTY INTERNATIONAL Luxembourg, *Pour l’abolition de la peine de mort*, A.I., Luxembourg, 1978, 22 S. Vgl. auch die beiden Gedichtbände die Amnesty in Luxemburg zum Thema Folter und Menschenrechte jeweils 1973 und 1978 veröffentlicht hat: Amnesty international Luxembourg, S.E.L.F., *Origine, La Dryade, Lochness* (Hrsg.), *Témoignages contre la torture*, Vorwort: Nic KLECKER, Esch/Alzette 1973; und Amnesty International Luxembourg, *Droits de l’homme – Menschenrechte – Menschenrechte*, Esch-sur-Alzette 1978, Geleitwort: Robert KRIEPS, Vorwort: Nic KLECKER, mit Beiträgen von u.a. von Josy Braun, Georges Hausemer, Nico Helminger, Emile Hemmen, Romain Hilgert, Guy van Hulle, Jos Jacquemoth, René Kartheiser, Guy Rewenig, Helga Teichmann, Jacques Wirion.

72 „Les organisations soussignées, associées au sein du comité pour l’abolition de la peine de mort au Luxembourg constatent que le Grand-Duché de Luxembourg est un des derniers pays européens à maintenir la peine de mort, (...) déclarent leur opposition totale et inconditionnelle à la peine de mort, demandent instamment aux députés de notre chambre des députés d’abolir la peine de mort dans la constitution.“

73 Nationalbüro der JSL, *Mitgeteilt: Jungsozialisten gegen Todesstrafe*, in: *Tageblatt*, 9. Mai 1978: „Die Jungsozialisten fordern die Revision des Artikel 18 der Verfassung bezüglich der Todesstrafe. Die JSL unterstützt die Bestrebungen von Justizminister Robert Krieps, diese total überkommene Prozedur aus dem Strafgesetzbuch zu entfernen.“

74 Vgl. z.B. BLANK, Joseph, *Wir haben alle an Humanität verloren – Reflexionen zum Thema „Terrorismus in der Bundesrepublik“*, in: *Forum* Nr. 19, November 1977: „Die Öffentlichkeit ist tief verunsichert, verstört, gereizt, aggressiv. (...) Ein Gefühl der Ohnmacht greift um sich, das auf der anderen Seite die Wünsche nach handfestem Zugriff bis hin zur Forderung der Wiedereinführung der Todesstrafe verstärkt. (...)“

75 Der Fall Christian Ranucci wurde ausdrücklich im Gesetzesprojekt Nr. 2276 zur Verfassungsänderung erwähnt. Ebd. S. 16. Ranucci war die dritte Person, die in Frankreich sowie in ganz Westeuropa hingerichtet wurde. Trotz erheblicher Zweifel an seiner Schuld, erfolgte bereits am zweiten Prozesstag das Todesurteil. Kurz vor Prozessbeginn am 9. März 1976 hatte der Fall Patrick Henry in Bezug auf Entführung und Ermordung eines Kindes die französische Öffentlichkeit in Wallung gebracht. Eine Mehrheit der Franzosen forderte vehement die Todesstrafe für derartige Täter. Der Fall Henry ging ebenfalls in die französische Justizgeschichte ein, und zwar mit umgekehrtem Vorzeichen: Der eindeutig schuldige Täter Patrick Henry wurde im Januar 1977 aufgrund des Plädoyers seines Rechtsanwalts Robert Badinter, entgegen den Erwartungen der Öffentlichkeit nicht zum Tod, sondern zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Vgl., BADINTER, Robert, *Tout ce qui peut encore sauver un homme, ce sont des mots*, in: *Paris-Match* Januar 1977; abgedruckt in: Ders., *op.cit.*, Paris 2008.



darauf folgenden Tag wurde Djandoubi im Gefängnis von Marseille durch die Guillotine enthauptet. Dies war die letzte Hinrichtung, die in Frankreich und damit in Westeuropa vollstreckt wurde und die Anlass zu heftigem Widerstand von Seiten der Gegner der Todesstrafe gab.

Der Widerstand gegen die Todesstrafe wuchs aber auch in den internationalen Institutionen. In ihrer Resolution 32/61 vom 8. Dezember 1977 hatte die UN-Generalversammlung erklärt, es sei wünschenswert die Todesstrafe abzuschaffen. Unter dem Druck der Todesstrafengegner und eines Teils der öffentlichen Meinung wurde aber vor allem der Europarat in den siebziger Jahren zu einem entschiedenen Kämpfer gegen die Todesstrafe. Bei der Ausarbeitung des Artikels 2 der Konvention (1950) wurde der Todesstrafe noch insoweit Raum gegeben, als sie als Ausnahme von dem Gebot, dass niemand absichtlich getötet werden dürfe, vorgesehen war, soweit ein Gericht das Todesurteil wegen eines Verbrechens verhängt hatte, für das die Todesstrafe gesetzlich vorgesehen war. Die sich auf der Ebene der nationalen Gesetzgebung in Europa abzeichnende, auf Abschaffung der Todesstrafe gerichtete Tendenz, löste bereits seit 1962, durch eine Studie des Ausschusses für Strafrechtsfragen, entsprechende Initiativen im Europarat, und zwar sowohl auf Ebene der Regierungen (Ausschuss für Strafrechtsfragen), als auch in der Parlamentarischen Versammlung aus, die aber wegen der unterschiedlichen Auffassungen über die Abschaffungsfrage zunächst noch nicht zu konkreten Beschlüssen führten. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates befasste sich dann seit 1973 auf der Grundlage eines Resolutionsantrages der schwedischen Sozialdemokratin Astrid Bergegren und anderer Abgeordneter (Dokument 3297) mit der Abschaffung der Todesstrafe. Erste Anstöße, die Todesstrafe durch die Konvention zu verbieten, kamen von Amnesty International, vor allem durch die Weltkonferenz gegen die Todesstrafe, die 1977 in Stockholm abgehalten worden war. Dadurch beeinflusst, schlug der damalige österreichische Justizminister Christian Broda (SPÖ) in der Europäischen Justizministerkonferenz 1978 vor, die Frage der Todesstrafe in das Arbeitsprogramm des Europarats aufzunehmen. Daraufhin befasste sich der Expertenausschuss für Strafrechtsfragen und für Menschenrechte mit der Möglichkeit eines Ausbaus des in der EMRK festgelegten Rechts auf Leben. Die 11. Europäische Justizministerkonferenz, die am 21./22. Juni 1978 in Kopenhagen stattfand, empfahl in einer an das Ministerkomitee des Europarates gerichteten Resolution, dass die zuständigen Fachausschüsse des Europarates die mit der Todesstrafe zusammenhängenden Fragen mit dem Ziel ihrer Abschaffung beraten und die

Ergebnisse der 12. Europäischen Justizministerkonferenz, die dann am 20./21. Mai 1980 in Luxemburg tagte, vorlegen sollten.<sup>76</sup>

In den Jahren 1977 und 1978 wurden auch in Luxemburg immer wieder vereinzelt Artikel in der Luxemburger Presse zur Abschaffung der Todesstrafe veröffentlicht. So kommentierte Paul Cerf den Artikel Spielmanns<sup>77</sup> aus der *Revue de science criminelle et de droit pénal comparé*, am 29. Januar 1977 im *Tageblatt*: „L'objet de cette étude est de dresser le relevé de la situation en droit et en fait quant à cet important dossier. L'étude comprend un aperçu historique, le catalogue des crimes punis de la peine de mort, les modalités d'exécution, des données statistiques. Remarquablement construite, cette étude ne présente aucun caractère polémique, elle ne constitue pas un plaidoyer en faveur de l'abolition ou du maintien de la peine de mort. Mais il n'en apparaît pas moins clairement que l'avocat général Spielmann est un adversaire résolu de la peine de mort.“<sup>78</sup> Henri Roemer<sup>79</sup> meinte im gleichen Jahr im *Lëtzebuurger Land*: „Malgré tout,

76 Zum Erfolg führten diese Initiativen mit der Annahme der Entschließung 727 (1980) und der Empfehlung 891 (1980) durch die Versammlung am 22. April 1980. Am 28. April 1983 wurde das Protokoll Nr. 6 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe zur Zeichnung aufgelegt. Vgl. BAR-DIAUX-VAÏENTE, Marie Gloris, *Le Protocole n°6 à la CEDH, les travaux préparatoires : de Bertil Lidgard à M. Lidbom et Christian Broda*, <http://abolition.hypotheses.org>, 2012: „Au cours de la onzième rencontre de la Conférence des Ministres européens de la Justice, rencontre tenue à Copenhague les 21 et 22 juin 1978, est présentée une note émanant de la délégation autrichienne. C'est Christian Broda qui lance cette offensive. Social-démocrate, ancien résistant arrêté par la gestapo en Autriche, il présente un texte s'appuyant sur les travaux réalisés par 'Amnesty international'. Il conclut par une demande d'abolition générale de la peine capitale. C'est ainsi que le Comité européen sur les problèmes criminels, ainsi que le Comité directeur sur les droits de l'homme se positionnent sur la question de la sanction suprême. Alors que la peine de mort est abolie dans de nombreux pays, le Conseil des ministres européens de la Justice demande que le texte de la CEDH soit, ou amendé dans son l'article 2, ou adjoint d'un protocole optionnel (XIe Conférence des ministres de la Justice, Copenhague, 21-22 juin 1978). Le Comité des affaires juridiques, de son côté nomme un nouveau rapporteur suédois, Carl Lidbom (député social-démocrate suédois). Il déclare que la peine de mort en temps de paix est 'incompatible avec les nouvelles tendances en criminologie et en droit pénal' et contraire à l'article 3 de la CEDH. Il rapporte qu'il lui semble nécessaire d'amender l'article 2. Il est donc demandé à l'Assemblée parlementaire de légiférer sur la question de l'abolition de la peine de mort pour les crimes commis en temps de paix. Ainsi, même si la Conférence des Ministres européens de la Justice n'a pas pris une position nette en faveur de l'abolition, l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe adopte une résolution catégorique en ce sens. En effet, sur le rapport de M. Lidbom (Doc. 4509), l'Assemblée adopte, à sa 32ème Session, le 22 avril 1980, deux textes. En premier lieu, la Résolution 727 du 22 avril 1980, relative à l'abolition de la peine de mort (...).“ Vgl. auch allg. YORKE, Jon, *The Council of Europe and the death penalty: the relationship of state sovereignty and human rights*. PhD thesis, University of Warwick 2008, 494 S. Ebd. S.150 f.

77 SPIELMANN, Alphonse, op.cit., 1976/2006.

78 CERF, Paul, *Le Luxembourg entend-il être le dernier pays d'Europe occidentale à abolir la peine de mort?*, in: *Tageblatt* 29. Januar 1977. Vgl. auch WIRION, Jacques, *Freie Tribüne des Tageblatt: Über die Todesstrafe*, in: *Tageblatt*, 14. Oktober 1977; und JAANS, Jean, *Schafft die Todesstrafe ab!*, in: *Revue*, 1977, Nr. 53, S. 6.

79 ROEMER, Henri, *La prison ou la guillotine?* (dossier de la semaine), in: *d'Lëtzebuurger Land*, 5. August 1977, Nr. 31, S. 6 f.

*le public reste plutôt indifférent aux problèmes que pose le châtement suprême ; c'est en effet un fait que le Luxembourgeois ne se passionne pas si vite au débat sans intérêt matériel et personnel immédiat. Ces derniers temps, cependant, des flambées de discussions s'allument par intermittence comme p.ex. à la suite du crime abominable de Litage, ou à la suite d'une exécution dans un pays non abolitionniste. (...) De toute façon, la peine de mort indéniablement n'a plus de place dans le cadre d'une justice moderne qui doit considérer la condamnation d'un prévenu comme un moyen de rééducation plutôt que comme un châtement exemplaire.*"

### c) Zwischenspiel: Der Gesetzentwurf Nr. 1671 zur Änderung des Gesetzes vom 31. Januar 1948 über die Rechtsvorschriften für den Luftverkehr und Fehlalarme

Die Debatte entzündete sich im Parlament zunächst jedoch nicht in Bezug auf das Gesetzesprojekt Nr. 2199 zur Abschaffung der Todesstrafe sondern in Bezug auf den Gesetzentwurf Nr. 1671 zur Änderung des Gesetzes vom 31. Januar 1948 über die Rechtsvorschriften für den Luftverkehr und Fehlalarme. Wohl weil Anfang der siebziger Jahre eine Reihe von Flugzeugentführungen die Weltöffentlichkeit beunruhigten, hatte der damalige Justizminister Eugène Schaus bereits am 15. Februar 1973 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der erst 1978 vor der Kammer diskutiert werden sollte. Im Gegensatz zu dem Gesetz vom 31. Januar 1948 über die Rechtsvorschriften für den Luftverkehr sah dieser Änderungsentwurf der ehemaligen CSV-DP-Regierung für Flugzeugentführung mit Todesfolgen nicht mehr die Todesstrafe, sondern „lediglich“ lebenslängliche Zwangsarbeit vor. Bereits in seiner Stellungnahme vom 14. Dezember 1972 hatte der Staatsrat vorgeschlagen, die Tat sei mit dem Tode zu bestrafen, wenn die Entführung, die Gefangennahme, die Gefangenhaltung oder die Freiheitsberaubung den Tod der entführten Person herbeiführe. Als der Entwurf am 18. April 1978 vor die Abgeordnetenkammer kam,<sup>80</sup> reichte die CSV, mit Unterstützung der „sozialdemokratischen“ Partei und eines Teils der DP den Änderungsantrag des Staatsrates von 1972 ein, der dann mit 30 gegen 23 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen wurde.

Die Todesstrafe war also in diesem spezifischen Gesetz beibehalten worden, obwohl die Mehrheitsparteien der Regierungskoalition (DP und LSAP) die Todesstrafe im Allgemeinen abschaffen wollten. Daraufhin wurde im *Tageblatt* vor allem die Haltung der DP-Abgeorde-

ten, die mit der Opposition stimmten, heftig kritisiert: „Gestern stand der Abschluss der Debatten über das Gesetz betreffend die Flugzeugentführungen und den falschen Alarm auf dem Programm der Abgeordnetenkammer. Dabei sollte es zu einem Theatercoup kommen, der in den folgenden Tagen noch zu heftigen Diskussionen Anlass geben dürfte. Die CSV und die SdP hatten einen Änderungsantrag eingebracht, in dem sie forderten, dass auf Flugzeugentführungen, bei



Portraitzeichnung im Lëtzebuurger Land 1979

denen Personen ums Leben kommen, die Todesstrafe stehen müsste. Die sozialistischen Sprecher und auch der Justizminister wandten sich gegen diese Argumentierung und lehnten die Todesstrafe rundwegs ab. Der DP-Abgeordnete Camille Hellinckx aber, der auf der Tribüne in seinem Namen und dem von einigen seiner Parteikollegen sprach, brachte zum Ausdruck, dass die Entscheidung ob Todesstrafe oder nicht bei Flugzeugentführungen mit Todesfolge, keine politische sondern

<sup>80</sup> Compte-rendu 1977-1978, S. 3027-3070.

eine Gewissensfrage sei.<sup>81</sup> Bei der Abstimmung über das Amendement stimmten dann sämtliche DP-Parlamentarier bis auf Colette Flesch und Boy Konen für den Änderungsantrag der Opposition, womit dieser angenommen war. Das Gesetz wurde anschließend mit 52 Stimmen bei 6 Enthaltungen (J. Gremling und Marthe Bigelbach-Fohrmann sowie die KP-Fraktion) angenommen. Abschließend nimmt Justizminister Robert Krieps noch einmal Stellung zu den Debatten und stellt die Frage, ob die Gesellschaft das Recht hat, jemandem das Leben zu nehmen. Außerdem sei niemand mehr da, der die Todesstrafe ausführen könnte. Robert Krieps nimmt noch einmal eindeutig Stellung gegen die Todesstrafe. (...) Das Amendement der CSV und der SdP wird mit 30 gegen 23 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Das Gesetzprojekt wird dann mit 52 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Jean Gremling (LSAP) begründet seine Enthaltung, indem er erklärt er könne nicht 1978 für ein Gesetz stimmen, das die Todesstrafe noch in einem weiteren Fall einführt. Marthe Bigelbach begründet ihre Enthaltung ebenfalls mit ähnlichen Worten.<sup>82</sup>

Die Debatte war zum Teil nur eine misslungene Generalprobe für die spätere Debatte über das Gesetzesprojekt Nr. 2199, doch bleibt es eine Tatsache, dass sich noch 1978 eine bedeutende Mehrheit, vor allem von Seiten der CSV und der DP, für die Todesstrafe aussprach. Im Namen der CSV hatte Jean Wolter bereits darauf hingewiesen, dass seine Partei zwar damit einverstanden sei, die Todesstrafe auf besonders schwere Straftaten zu beschränken, sie aber in der Verfassung beibehalten wollte, um sie, falls man ihrer bedürfte, wieder einführen zu können. Robert Krieps wies zunächst darauf hin, dass er lediglich ein Vorhaben einer CSV-DP-Regierung aufgreife, doch benutzte er auch die Gelegenheit einer zweiten Intervention, einige

grundsätzliche Dinge zur Todesstrafe zu sagen.<sup>83</sup> Unter anderem verwies er auf die Position von Amnesty International und bedauerte, dass der Abgeordnete Hellinckx, als Vertreter des liberalen Gedankens seine Position nicht teile. Einige Tage später analysierte Romain Durlet die Debatte wie folgt im *Tageblatt*: „Eines der Ziele der sozial-liberalen Regierung war es seit ihrem Amtsantritt, die mittelalterliche Prozedur der Todesstrafe endlich aus dem Gesetzbuch zu entfernen. (...) Und in seiner Haushaltsrede von 1977 meinte Justizminister Robert Krieps: ‚Une commission composé de personnalités représentatives et de juristes s’était prononcé en faveur de la suppression de la peine de mort et a présenté un avant-projet dans ce sens que le gouvernement a repris. Il a soumis au Conseil d’Etat un projet de loi abolissant la peine de mort en toutes matières.‘ Während also eine Gesetzesvorlage geschaffen wurde, die die Todesstrafe in allen Fällen vorsieht, sollte jetzt diese Woche ein noch von Justizminister Eugène Schaus ausgearbeitetes Projekt zur Abstimmung kommen, das zwar eine hohe Strafe bei Flugzeugentführung mit tödlichem Ausgang vorsah, die Christlich-Sozialen aber einen Antrag einreichten, um just in jenem Fall die Todesstrafe beizubehalten? Dass gerade die Liberalen diesen Änderungsantrag akzeptierten, muss man mit Befremden entgegennehmen, war es doch ihr verstorbener Parteimitglied und ihr verstorbener Minister, der in keinem Fall dieser Haltung zugestimmt hätte! Bevor die Gesetzesvorlage

81 So meinte Camille Hellinckx in seiner Intervention: „Ech hésitéieren nèt, léif Kolleegen, fir ze soen, dass an där Hinsicht den Désaccord teschent dem Pays légal, wéi mir en hei solle personnifizéieren an dem Pays réel, deen dobaussen as, komplett as an d’Bevölkerung versteet net, dass mir an deenen Zäiten, wéi mer se leider haut kennen, ons iwverhaapt kenne mat deem Problem haut beschäftegen. D’Doudesstrof besteet nun emol an onsem Code pénal, an nach nëmme ‘pour des faits d’une extrême gravité’. (...) Ons Chämber hei as eng Constituante an d’Ofschaffung vun der Doudesstrof kënnt deemnächst op den Ordre du jour vun deser Chämber. Ech sin also der Meinung, dass mer déi Décisioun hei sollen réservéieren a mir kommen also op de Fong vun der Saach bei där nächster Diskussioun zrëck. An deem Senn kann ech also elo direkt soen, dass ech selwer a verschidde vu ménge Kolleegen déi Amendementer stemmen. Ech halen allerdéngs drop, fir ze soen, dass mir onsem Vote kee politesche Charakter dobäi welle gin. D’Doudesstrof as ons och nèt extra sympathesch, mä mir kennen net anescht maachen, wéi ons dem Avis vun der Majoritéit vum Conseil d’Etat ze ralliéieren.“ Comptes-rendu, 19. April 1978, S. 3058 f.

82 J.T., *Aus dem Parlament: Auf Flugzeugentführung mit Todesfolge steht Todesstrafe. DP stimmte mit der Opposition*, in: *Tageblatt*, 19. April 1978. Vgl. auch, *Die Todesstrafe in der Diskussion*, in: *Tageblatt*, 19. April 1978.

83 Justizminister Robert Krieps sagte im Wortlaut: „Mir haten déiselwecht Diskussiounen schon eng Kéier an eiser Geschicht, dat war wéi d’Tortur ofgeschaf gin as. Do as och gesot gin, d’Tortur muss bleiwen, well dat muss eng ofschreckend Moosnam sin. Mir mussen d’Leit kënnen ecarteléieren, mir mussen se kënnen mat Pech verbrennen, mir mussen kennen hinnen Waasser aschäden, dat huet deemools misste sin, well et sollt ofschreckend wierken. Do as nèt gefrot gin, wéi d’Tortur ofgeschaf gouf, duurch wat ersetze mir se? Si as ofgeschaf gin, well gesot gin, inhumain, et versteisst géint d’elementar Mënschlechkeet. D’Amnesty International, déi bestëmmt au point de vue vun der parteipolitescher Orientatioun weder an deser nach an där Richtung intervenéiert huet, huet den 11. Dezember 1977 d’Jor 1978 ënner d’Lutte contre la peine de mort gestallt an opgeruff, dass sämtlech Länner derfir sollen wierken a sämtlech Regierungen, dass d’Peine de mort soll ofgeschaf gin. Dat as de Point de vue vun enger internationaler Organisatioun, déi an allen Deeler vun der Welt oprëtt fir d’Mënschlechkeet an et as gesot gin ‚la peine de mort est une peine inhumaine, dégradante et inutile‘. (...) Ech kann iech nëmme dat hei soen, ech hun esou vill Exekutiounen gesin, ech hun esou vill Leit gesin un engem Seel hänken, bis se dout waren an zappelen wéi en Hampelmann, ech hun esou vill doudech Leit erausgeschleeft a ménger Zäit wéi ech eréischt 19 an 20 Jor al war, dass ech mech nimols ka fir esou Argumenter, déi purement utilitaire wëlle sin, awer hanner der Hand dach als nèt iwverzeegend duergestallt gin, well gesot gin as, mir exekutéieren se jo dach nèt. Wat as dat da fir ee Raisonnement, wann ech soen, mir behalen d’Peine de mort, mir exekutéieren se jo nèt? Da muss ech awer zum Här Hellinckx soen, wann hie mengt dat hei wär keng politesch Fro, da gin ech him zwou Froën ze iwverleën: Wat as dann nach Politik, wann d’Questioun as ze wëssen, ob ech d’Recht hun an der Gesellschaft engem d’Liewen ze huelen odder nèt, wann dat keng politesch Fro as, da wéisst ech gären, wou d’Politik dann ueget. Dann as et nëmme nach ‚de la politique partisane‘, da bien sûr kann ee soen, et as keng Politik. Dann deet et mir awer leed feststellen, dass den Här Hellinckx, als ee Vertrieeder vun dem liberalen Gedanken, hei Position bezitt géint e Projet, deen abruucht gin as vun där anerer Regierung.“ Comptes-rendu, 1977-1978, S. 3066 f.

zur Abschaffung der Todesstrafe also überhaupt prinzipiell in der Abgeordnetenversammlung zur Diskussion gestellt wird, wird gerade die Todesstrafe in ein neues Gesetz eingebaut, unbeachtet der Tatsache, dass die Regierung ‚en toutes matières‘ deren Abschaffung vorschlägt. Dass der Änderungsantrag gerade von den Alt-Testamentariern der CSV (Auge um Auge, Zahn um Zahn) kam, ist kaum verwunderlich, wenn man die Politik jener Partei kennt, die für das 7. Gebot ‚Du sollst nicht töten‘ eintritt und ihr Vorgehen in Sachen Strafvollzug in den letzten drei Jahren verfolgt. Bedauerlich ist nur, dass Abgeordnete anderer Parteien sich heute jener konservativen Einstellung anschließen.“<sup>84</sup> Mit den „Abgeordneten anderer Parteien“, meinte Durllet nicht nur die DP, sondern auch die der sogenannten „sozialdemokratischen“ Partei, „die die CSV längst rechts überholt hat.“<sup>85</sup>

Auch im Lëtzebuurger Land geht Jean-Marie „Merry“ Meyer sehr kritisch mit dem Votum der DP-Abgeordneten um: „Jeder Versuch, den einmaligen Vorgang nachträglich zu verharmlosen und zu einer Anekdote umzufunktionieren, kommt einer Verdrehung der Tatsachen gleich. Wahr ist, dass eine Mehrheit der demokratischen Deputierten ihr eigenes Parteiprogramm verleugnet und obendrein den Koalitionsvertrag mit Füßen getreten haben, ja dass sie der Regierung in den Rücken gefallen sind. Dabei haben sie genau gewusst, worum es ging, denn sie waren eindringlich vom Justizminister gewarnt worden. Ihr Votum für die Todesstrafe – zusammen mit der CSV und den Sozialdemokraten – hat denn auch dem Regierungsbündnis mit den Sozialisten den bisher härtesten Schlag in der knapp vierjährigen Amtszeit der linken Mitte versetzt. Dagegen muss die Arbeiterpartei reagieren, denn ihre Basis empfindet den liberalen Fehltritt als Fußtritt. Sowieso kommt wohl den meisten Sozialisten die Verlässlichkeit der DP schon lange eher fragwürdig vor, nachdem sie anscheinend im Laufe der Jahre einschlägige Erfahrungen zuhauf gesammelt haben. Diesmal haben die Liberalen den Langmut ihres Koalitionspartners aber

überfordert, insofern sie in aller Öffentlichkeit ihre Eintracht mit der rechten Opposition demonstrierten. (...) In der Tat ist die Parlamentsfraktion der Demokratischen Partei dabei, ihren Ruf als Partei der linken Mitte zu verspielen und den Regierungschef geradewegs Lügen zu strafen. Im Übrigen gebietet uns die Pietät, nicht auch noch eigens auf den skrupellosen Treubruch der liberalen Deputierten gegenüber dem erst kürzlich verstorbenen Grandseigneur der DP, Eugène Schaus, einzugehen.“<sup>86</sup>

Im Juni 1978 veröffentlichte das Tageblatt noch zwei längere Artikel zum Thema in denen Romain Durllet und Michel Delvaux die bisherigen Debatten resümierten und einen Ausblick auf die anstehende Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe mittels einer Verfassungsänderung durch eine 2/3-Mehrheit oder einer einfachen Gesetzesänderung gaben. Durllet<sup>87</sup> stellte vor allem auch die Frage, wie wohl die Abgeordneten des Koalitionspartners DP abstimmen würden und Delvaux<sup>88</sup> berichtete seinerseits von den Diskussionen innerhalb der Demokraten einen außerordentlichen Kongress zum Thema einzuberufen, dass jedoch auch

86 MEYER, Jean-Marie, *Nach dem liberalen Votum für die Todesstrafe: Koalition auf der Kippe?*, in: d'Lëtzebuurger Land, Nr. 17, 28. April 1978.

87 DURLET Romain, *Vor der Abschaffung der Todesstrafe*, in: Tageblatt, 10. Juni 1978: „Trotz heftiger Diskussionen in den vergangenen Monaten um die Abschaffung der Todesstrafe in einem spezifischen Artikel des Strafgesetzbuches, nämlich bei Todesfall in einer Flugzeugführung, hielt Justizminister Robert Krieps Wort und legte vorgestern das Gesetzprojekt zur generellen Abschaffung der Höchststrafe auf den Tisch der Abgeordnetenversammlung. Somit soll ein weiteres Versprechen und eine Übereinkunft des Koalitionsprogramms verwirklicht werden. Nach dem kläglichen Ausgang des Votums anlässlich des vorerwähnten Falles vor nur wenigen Wochen, dürfte man sich nun die Frage stellen, welche Chancen Robert Krieps sich ausrechnen darf, um seine Vorlage durchzubringen. Zwei Parteien haben sich klar und deutlich zur bedingungslosen Abschaffung der Todesstrafe bekannt, nämlich die Sozialisten und die Kommunisten. Hier besteht kein Zweifel: sie werden zweifelsohne dem Gesetz zustimmen. Klar erscheint auch die Position der SdP. Denn, den letzten Elukubratoren von Fernand Georges auf den Wellen von Radio Luxemburg nach zu urteilen, werden die Sozialdemokraten weiterhin das Prinzip der ‚Rübe-ab Theorie‘ vertreten, dies auf Biegen und Brechen und sei es nur, um sich aus elektoralen Gründen heraus ein paar Stimmen zu sichern. Nuancierter sind die beiden andern Parteien. Die Demokraten werden in eine Zwickmühle geraten. Während ihre Jugendorganisation sich für die Abschaffung der Höchststrafe einsetzt und auch verschiedene Abgeordnete beim letzten Votum ihre Position zugunsten dieser Abschaffung klar gezeigt haben, gibt es immer noch eine starke Gegenströmung, zu der nicht zuletzt Exponent Camille Hellinckx gerechnet werden muss. Frage also: Werden verschiedene Liberale sich gegen den Regierungsvorschlag wenden und sich mit den ewig Konservativen auf eine Bank setzen? Oder werden sie sich zumindest enthalten? Auch die Christlich-Sozialen werden das Problem nicht einfach bewältigen können. Nicht nur, dass ihre Entscheidung gegen die elementarsten christlichen Prinzipien verstößt, sie werden mit der Opposition ihrer Jugendorganisation rechnen müssen, die sich klar und deutlich für die Abschaffung entschieden hat. Auch das Leib- und Magenblatt der CSV, in der Person des Iz, distanzierte sich von der ‚peine capitale‘. Doch ist kaum anzunehmen, dass die Partei des Herrn Wolter diesen Stellungnahmen Rechnung tragen wird und eher auf die Linie eines Nic. Mosar schwenken wird. Summa summarum: Es wird sich zweifelsohne in der Abgeordnetenversammlung eine Mehrheit finden auch in unserem Land die schrecklichste aller Strafen abzuschaffen, von der fast alle Staaten Europas bisher Abstand genommen haben, um somit die Todesstrafe aus unserem Gesetzbuch zu verbannen.“

88 DELVAUX, Michel, *Abschaffung der Todesstrafe: Aufklärung nötig*, in: Tageblatt, 27. Juni 1978.

84 DURLET, Romain, *„Du sollst nicht töten!“*, in: Tageblatt, 22. April 1978.

85 DURLET, Romain, *UKW-Tribüne: Tötet sie! SdP mordicus für Todesstrafe*, in: Tageblatt, 9. Mai 1978: „Die Sozialdemokratische Partei in specie ihr Sprecher Fernand Georges, wusste erneut gestern auf den Wellen von RTL eine vehemente Stellungnahme für die Todesstrafe zu verbreiten. (...) Die Beibehaltung der ‚peine capitale‘ will Fernand Georges dadurch bekräftigen, dass sie in einer Zeit des neuen Banditismus und des politischen Terrorismus eine abschreckende Wirkung habe und somit die neue Pest ausrotten könnte. (...) Unsere Regierung würde mit der Absicht die Todesstrafe abschaffen Weltfremdheit bezeugen; der Terrorismus würde in einem marxistisch-leninistischem Morast gedeihen, meinte der frühere Marxismus-Dozent der Jusos und einstiger Generalsekretär der SAPL. Indem unsere heutigen Sozialisten sich als „links“ bezeichnen würden, täten sie die innere und äußere Sicherheit unserer Bürger abbauen. Über solche und ähnliche Anbiederungsversuche seitens einer Partei, die die CSV längst rechts überholt hat, beim Wähler mag der Leser und Zuhörer selbst urteilen.“

## Die politischen Debatten um die Abschaffung der Todesstrafe

eine größere Aufklärung der Bevölkerung von Nöten sei. Im *Lëtzebuenger Land* bemerkte man im Hinblick auf das Jahr 1979: „*Amnesty International* wird 1979 seine Kampagne gegen die Todesstrafe mit verstärkten Mitteln fortsetzen. Nochmals gegen die Todesstrafe ist auf einer Konferenz der Justizminister des Europarats kürzlich eine einstimmige EntschlieÙung gefasst worden. Ob die Rufe auch in Luxemburg gehört werden, wird sich 1979 zeigen.“<sup>89</sup>

### d) Der letzte Akt: die Debatte vom Mai 1979

Die große Debatte über die Todesstrafe, begann im Parlament am 9. und am 10. Mai 1979, zunächst über die Änderung der einschlägigen Artikel 18 und 118 der Verfassung, einen Monat vor den Kammerwahlen am Ende der Amtszeit der Mitte-Links-Koalition, in der die Haltungen zu gesellschaftlichen Fragen zwischen der Rechten und der Linken stark polarisiert waren. Wie oben angeführt, waren Artikel 18 und 118 der Verfassung bereits durch das vorangehende Parlament zur Änderung freigegeben worden. Die von Krieps eingesetzte Arbeitsgruppe hatte sich im Mai 1975 nicht nur für die Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen, sondern sie teilte auch die Ansicht des Justizministers, dass eine Verfassungsänderung zur Abschaffung nicht unbedingt notwendig sei und ein einfaches Gesetz ausreiche. Der Gesetzesvorentwurf, der von dieser Arbeitsgruppe ausgearbeitet worden war, war vom Regierungsrat am 5. September 1975 gebilligt und nach Stellungnahme des Staatsrates am 3. Juni 1976 vom Regierungsrat am 9. Februar 1978 geändert worden. Dieser stellte es in das Ermessen der Kammer, ob der Weg eines Gesetzes oder einer Verfassungsänderung zu beschreiten sei. Diesbezüglich gab es zwischen Regierung und Staatsrat gravierende Meinungsverschiedenheiten. Der Staatsrat sprach sich gegen die Abschaffung der Todesstrafe aus, da er den „*derzeitigen Moment*“ für einen Vorschlag zur Abschaffung der Todesstrafe für besonders ungünstig hielt. Angesichts der nie da gewesenen „*Gewaltausbrüche*“, die in den Nachbarländern festzustellen waren, vertrat er die Ansicht, dass die Todesstrafe eine nützliche Warnung darstelle, die zu beseitigen unvorsichtig wäre.<sup>90</sup> Ferner war er der Ansicht, dass nach der Erklärung über die Verfassungsänderung von 1974 eine verfassungsrechtliche Änderung erforderlich sei, um die Todesstrafe



Robert Krieps (1922-1990)

abzuschaffen.<sup>91</sup> Die Abgeordnetenkammer setzte sich darüber hinweg und traf am 9. und 10. Mai 1979, also

<sup>91</sup> *La peine de mort et le Conseil d'Etat*, in: d'Lëtzebuenger Land, 4. Mai 1979, Nr. 18: „Pour les tenants de l'abolition radicale et définitive, c'est évidemment la voie constitutionnelle qui est la plus indiquée. En choisissant une certaine forme de société ils voudraient que la loi fondamentale soit l'expression de cette option. C'est un Etat respectueux de la dignité humaine qui refuse le droit de supprimer le bien suprême, la vie, qu'ils désirent. C'est une législation qui ne puisse fournir à un usurpateur l'argument que l'Etat démocratique connaissait cette sanction suprême. En faisant ce choix, ils veulent distinguer leur société de celles qui, opérant des choix différents, admettent que l'Etat dispose du droit exorbitant de supprimer un être humain. Mais ils ne veulent pas que pour une raison juridique mal définie et ne reposant sur aucun texte précis, ni sur aucune théorie acceptée on puisse empêcher une majorité de députés d'abolir la peine de mort par une loi ordinaire si la majorité requise pour l'interdire par la voie constitutionnelle n'était pas réunie. Admettre cette théorie reviendrait à limiter la souveraineté du Parlement issu du suffrage universel. Ce serait consacrer un domaine réservé à la Constitution qui va à l'encontre de toute la philosophie de la Constitution, qui est de protéger l'individu contre la puissance de l'Etat. Admettre cette théorie reviendrait à permettre au Parlement d'introduire la peine de mort par la loi ordinaire mais lui interdire de l'abolir. Ce serait lui donner le droit de prononcer la mort et lui refuser le droit de rendre le droit à la vie. La théorie offerte par le Conseil d'Etat est le résultat du refus d'aborder le fonds du débat. C'est un faux-fuyant présenté sous un couvert juridique destiné à impressionner les non-juristes. Mais quiconque relit les textes se rend compte du caractère fallacieux du raisonnement. Il est indigne de cette corporation. Il est la sanction de son refus d'aborder le vrai débat. La proposition de la commission pour la révision de la Constitution ouvre la voie à l'abolition constitutionnelle, le projet gouvernemental à caractère subsidiaire ouvre la voie de l'abolition légale. C'est la première fois dans l'histoire parlementaire de notre pays que les deux voies soient offertes simultanément par la volonté concordante de la commission parlementaire et du Gouvernement. La Chambre n'aura plus la possibilité de se soustraire à sa responsabilité.“

<sup>89</sup> MEYER, Jean-Marie, *Tod oder Leben*, in: d'Lëtzebuenger Land, 5. Januar 1979, Nr. 1.

<sup>90</sup> Stellungnahme des Staatsrates vom 3. Juni 1976 zum Gesetzentwurf Nr. 2199.

genau einen Monat vor den Parlamentswahlen vom 10. Juni, Vorbereitungen, um zunächst über die Änderung der betreffenden Artikel der Verfassung zu Ende zu debattieren (Gesetzesentwurf Nr. 2276: „La peine de mort en toutes matières, la mort civile et la flétrissure sont abolies.“) und sodann, für den Fall, dass die Änderung der beiden Artikel scheitern würde, die Behandlung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abschaffung der Todesstrafe abzuschließen (Gesetzesentwurf Nr. 2199).<sup>92</sup>

Am Vortag der Debatte, dem 8. Mai 1979, veröffentlichte der Tageblatt-Journalist Mars Di Bartolomeo, einen Aufruf zur Abschaffung der Todesstrafe: „Die Tagesordnung des Parlaments sieht (...) die Diskussion des Verfassungsrevisionsprojektes zur Streichung der Todesstrafe vor. Dreimal bereits hatte es einen Anlauf zu ihrer Abschaffung gegeben, jedes Mal setzten sich jedoch ihre Befürworter durch. Diesmal stehen die Chancen günstiger denn je, wenn auch der Zeitpunkt der Diskussion, rund einen Monat vor den Legislativwahlen, nicht dazu angetan sein dürfte, nüchterne Stellungnahmen zu fördern. Der ungünstige Zeitpunkt sollte jedoch kein Argument gegen die Bewältigung dieser heiklen Frage sein. Anders als bei andern Projekten sind hier die Fronten keineswegs klar. Zwar weiß man, dass Sozialisten und Kommunisten geschlossen für die Abschaffung stimmen werden und die SdP gerade so geschlossen auch weiterhin die Todesstrafe befürwortet, doch bleiben die beiden Unsicherheitsfaktoren CSV und DP. Nach den Stellungnahmen der französischen Bischofskonferenz und des luxemburgischen Kirchenoberhauptes gegen die Todesstrafe, nach dem Aufruf der christlich sozialen Jugend und nach einzelnen nuancierten Stellungnahmen im Luxemburger Wort kann man annehmen, dass zumindest ein Teil der CSV-Abgeordneten für die Abschaffung der Todesstrafe stimmen werden. Genauso der größte Teil der Demokraten. Ob es allerdings genügen wird, um die 40 für die Streichung aus der Verfassung notwendigen Stimmen zu erreichen, steht auf einem anderen Blatt. Die Regierung hat für diesen Fall vorgebaut und ein Gesetzprojekt eingebracht, das die Todesstrafe zwar nicht aus der Verfassung streicht, sie jedoch aus unserer Strafgesetzgebung verbannt. Dieses Projekt bedarf lediglich einer einfachen Mehrheit und hat den ‚Vorteil‘, dass im Falle ganz besonders schlimmer Verbrechen die Todesstrafe über ein einfaches Gesetz wieder eingeführt werden kann. Diese Lösung scheint die Sympathien einer Reihe von Abgeordneten zu finden, die zwar im Allgemeinen gegen

die ‚Rache des Staates‘ sind, sich jedoch eine Hintertür auflassen wollen. Sonderzweifel dürften im Parlament mindestens 30 Stimmen für diese ‚halbe Lösung‘ zu finden sein. Allerdings hat der Staatsrat angekündigt, dass er, der übrigens in seiner Mehrheit gegen die Abschaffung der Todesstrafe ist, sich einer Abschaffung über ein einfaches Gesetz entgegenstellen und logischerweise die Entbindung vom zweiten verfassungsmäßigen Votum verweigern würde. Das Gesetz wäre demnach für drei Monate blockiert und es wäre der nächsten Kammermehrheit überlassen es erneut zur Abstimmung zu bringen. (...) Wir hoffen, dass sich sozusagen in letzter Minute eine Mehrheit für die Streichung aus der Verfassung finden lässt. Sollte dies nicht der Fall sein, dürften die Gegner der Todesstrafe sich nicht von den fadenscheinigen Argumenten des Staatsrats ins Boxhorn jagen lassen. Auch wenn diese Körperschaft das zweite Votum verweigert, haben die Parlamentarier wenigstens ihre Schuldigkeit getan. Und schließlich bleibt auch nach dem 10. Juni die Welt nicht stehen!“<sup>93</sup>

Die Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe wurde, wie den einzelnen Wortmeldungen zu entnehmen ist, zum Teil auch durch die im Juli 1978 stattgefundenen Debatte<sup>94</sup> über die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs angeheizt. Immer wieder wurden von beiden Seiten, unter umgekehrten Vorzeichen, diese zwei Themen in der Kammer und der Berichterstattung miteinander verknüpft. So schrieb der CSV-Abgeordnete Jean Wolter im Luxemburger Wort: „Schließlich möchten wir noch auf jenen eklatanten Widerspruch hinweisen, der darin besteht, dass die gleichen Kreise, die dem Staat das Recht absprechen, selbst im Falle der schlimmsten Verbrechen die Todesstrafe zu verhängen, hier das Recht einräumen, das ebenso unschuldige wie wehrlose Kind im Mutterschoß zu töten.“<sup>95</sup> Antoine Wehenkel erwiderte am 11. Juli 1978 in der Abgeordnetenkammer: „(...) dans notre société pluraliste on n’a pas le droit d’imposer son interprétation personnelle basée sur les prescriptions dogmatiques de sa confession religieuse, (...). Quant à la défense du droit à la vie de toute personne humaine, il faut avoir aussi de la compréhension pour ceux qui luttent pour l’abolition de la peine de mort. Or, n’est-ce pas parmi les amis politiques de M. Werner qu’on trouve les meilleurs défenseurs du maintien de la peine de mort? Quelle logique paradoxale.“<sup>96</sup>

<sup>92</sup> Compte-rendu 1978-1979; vgl. auch allg. die Gesetzesentwürfe Nr. 2199 und 2276.

<sup>93</sup> DI BARTOLOMEO, Mars, *Schafft die Todesstrafe ab!*, in: Tageblatt, 8. Mai 1979.

<sup>94</sup> Compte-rendu 1977-78 S. 4506 f.

<sup>95</sup> WOLTER, Jean, *Abtreibungsfreigabe und Todesstrafe*, in: Luxemburger Wort, 11. Juli 1978.

<sup>96</sup> Compte-rendu 1977-78, S. 4546.

## Die politischen Debatten um die Abschaffung der Todesstrafe

Zunächst debattierten die Abgeordneten also über das Gesetzesprojekt Nr. 2276 über die Abschaffung der Todesstrafe in der Verfassung. In der Kammer gab der sozialistische Berichterstatter Antoine Wehenkel in seinem mündlichen Bericht<sup>97</sup> einen umfassenden Überblick über den bisherigen Umgang mit diesem Thema. Als Gegner der Todesstrafe bemühte er sich, auch die Haltung derjenigen zusammen zu fassen, die die Höchststrafe als mögliche Sanktion aufrechterhalten wollten: Schutz der Gesellschaft, Vergeltung bei besonders verabscheuungswürdigen Verbrechen, Aufrechterhaltung der exemplarischen Rolle der Todesstrafe zur Vorbeugung gegen Rückfälle. Berichterstatter Wehenkel unterstrich jedoch auch, dass es die Anhänger der abolitionistischen Idee ablehnten, dass die Gesellschaft über das Leben eines Menschen verfüge und dass sie an der Unwirksamkeit der Höchststrafe bei der Vorbeugung gegen Straftaten festhielten. Vor allem angesichts der Möglichkeit von Justizirrtümern handele es sich bei der Todesstrafe um die einzige nicht wieder gut zumachende Strafe. Zudem sei sie ungerecht, da sie von der öffentlichen Meinung abhängig sei, die im Laufe der Geschichte immer wieder Wandlungen unterworfen sei.

Im *Tageblatt* werden die Interventionen von Wehenkel und Justizminister Krieps wie folgt resümiert: „Wehenkel geht (...) auf die verschiedenen Anläufe ein, die hierzulande zur Abschaffung der Todesstrafe gemacht worden sind. Die Sozialisten hatten stets in vorderster Reihe für die Abschaffung gekämpft. Wehenkel weist darauf hin, dass die Todesstrafe in den meisten Ländern des Europarates abgeschafft ist, u. dass in der EG nur Frankreich, Belgien und Luxemburg daran festhalten. Er setzt sich dann mit der Ersatzstrafe auseinander. Ein neues Gesetz müsse endlich über diese Frage befinden. Der Präsident der Verfassungskommission stellt fest, dass eine Minderheit der Kommission sich gegen eine Verfassungsrevision ausgedrückt hat, dies weil die Gesellschaft sich gegen Schwerverbrecher verteidigen und diese abschrecken müsse und weil die Todesstrafe dem Volksempfinden Rechnung trage. Die Mehrheit der Kommission war für die verfassungsmäßige Abschaffung, da der Staat nicht Rächer sein könne. Statistiken zeigen, dass die Todesstrafe nicht abschreckend wirkt und die Todesstrafe nicht wieder gut zu machen sei. Der Berichterstatter ruft die Kammer zur bedingungslosen Abschaffung der Todesstrafe auf. Justizminister Rob Krieps bezeichnet die in Luxemburg noch bestehende Todesstrafe als Anomalie. Er weist auf die Widersprüche zwischen dem Willen zur Beibehaltung und Nichtdurchführung in der Praxis sowie Abschre-

ckungsziele und Vollstreckung an nicht öffentlichem Ort hin. Die Todesstrafe sei mit der humanistischen Logik nicht zu vereinbaren. Sie stelle die Glaubensfrage des Vorrangs der menschlichen Person. Auch sei es ein Fehlurteil, wenn man behauptete, man könne die Todesstrafe nicht über Gesetz abschaffen.“<sup>98</sup>

Es lohnt sich die beeindruckende Rede von Robert Krieps vom 9. Mai 1979 in Auszügen anzuführen: „Les publications européennes et internationales font apparaître le Luxembourg comme l'un des rares pays à ne pas avoir donné suite aux instances des grandes associations humanistes telles qu'Amnesty International, la Ligue des droits de l'Homme, etc. (...) Le débat autour de la peine de mort est en fin de compte philosophique dans le sens le plus large du terme, il implique nécessairement une réponse à la question de savoir quelle société nous voulons et quelle valeur nous attachons à quelques principes primordiaux. L'inviolabilité de la vie humaine est-elle la base de toute organisation sociale ou faut-il admettre qu'il y ait des valeurs supérieures? Les sociétés sont-elles suffisamment parfaites pour revendiquer le droit de donner la mort? Existe-t-il des hommes qui soient à la fois exclusivement responsables et totalement irrécupérables? Qui a le droit de priver un homme de la faculté, je dirais de la chance, de se repentir, de se racheter, de retrouver l'estime devant lui-même? Il ne suffit pas de répondre que ce sont là des cas limites, des hypothèses philosophiques étrangères à la réalité. Cela n'est pas vrai! Toute société doit répondre à un idéal abstrait qui se définit précisément en fonction des réponses qu'il donne aux hypothèses extrêmes, telle la primauté de la société sur l'individu, le droit de vie ou de mort. S'il en était autrement, pourquoi discuterait-on depuis si longtemps et si âprement de la question de la peine de mort. S'il s'agissait des seuls problèmes d'ordre technique telle l'utilité, l'efficacité, la finalité, la faillibilité, il y a longtemps que le débat aurait cessé. Mais c'est parce que nous touchons à l'essentiel que les adversaires de la peine de mort ne peuvent abdiquer tant qu'ils n'auront pas obtenu gain de cause. (...) Mesdames, Messieurs, à l'âge de 19 ans j'ai assisté à des exécutions qui devaient nous intimider: des êtres humains ont été abattus, écrasés, pendus. On les a éliminés, liquidés, gazés. C'était un acte de salubrité, de solution finale, de défense nationale! L'holocauste est devenu possible parce que l'on a inversé la hiérarchie des valeurs, parce que la nation, la race, l'idéologie, la vocation d'un peuple prenaient le pas sur l'homme. Parce que la dignité et l'inviolabilité des êtres humains étaient devenues relatives par rapport à une valeur absolue. Et cette différence

97 *Compte-rendu* 1978-1979, S. 5666-5681.

98 DI BARTOLOMEO, Mars, *Aus dem Parlament: Abgeordnetenzahl und Todesstrafe*, in: *Tageblatt*, 10. Mai 1979.

*d'optique s'est soldée par quelques cinquante millions de morts. Oh, j'entends bien que personne dans cette enceinte n'y souscrit, mais êtes-vous sûrs que la contradiction entre vos intentions incontestablement respectables et le choix fondamental implicite ne conduit pas à une équivoque qui contient tous les dangers d'une option contraire. (...) Mesdames, Messieurs, pour faire ressortir toute l'ambiguïté de la thèse en faveur de la peine de mort, il suffit de se rappeler qu'il y a moins de deux cents ans les défenseurs des châtimens corporels et de la torture invoquaient également leur nécessité sociale et la protection de la cité. N'a-t-on pas dit que la torture était nécessaire au salut éternel du criminel pour lui faire avouer son crime et ainsi sauver son âme. Non, la peine de mort n'est pas défendable du point de vue de la logique humaniste. Seule une position résolument abolitionniste peut concilier le droit de la défense sociale et celui de l'inaliénable dignité humaine. Enfin, en tant que socialiste, j'entends que notre société, notre état efface définitivement cet outrage fait aux socialistes par un homme d'état luxembourgeois, qui a eu cette phrase terrible, en 1879, pour justifier la peine de mort: 'Dans les dernières années, nous avons vu partout la nouvelle secte des socialistes se redresser menaçante contre l'état social de toutes les nations.'<sup>99</sup> En tant que ministre de la justice socialiste, je voudrais que la chambre documente que cet argument n'était pas plus pertinent que les autres et qu'en fin de compte la réponse à la question de la peine ne peut être qu'une réponse à un choix de société. (...) Mesdames, Messieurs, je vous demande d'abolir la peine de mort et d'éviter à notre pays, dont nous vantons à juste titre l'attachement aux principes de liberté et de justice, la réputation peu enviable d'avoir été le dernier à avoir rompu avec les derniers vestiges du moyen âge.'<sup>100</sup> Pierre Werner, der sichtlich um eine sachliche Intervention bemüht ist, meint trotzdem, die Gesellschaft müsse sich in besonders schweren Fällen mit der Todesstrafe verteidigen können. Er spricht sich klar gegen eine Streichung aus der Verfassung aus, meint aber auch, die Abschaffung durch ein Gesetz sei vielleicht noch zu erwägen.<sup>101</sup>*

99 Am 20. März 1879 hatte der damalige Generaldirektor der Justiz, Paul Eyschen, vor den Abgeordneten erklärt: „On vous a dit que cette peine était inutile, que durant des siècles on l'avait appliquée et que malgré elle, il y avait toujours encore des crimes odieux. Je pourrai répondre que le même raisonnement s'applique à toutes les autres peines. (...) Nos frontières sont ouvertes à tout le monde, nous avons une population ouvrières flottante, du jour au lendemain il peut éclater chez nous une de ces crises où l'autorité des lois est détruite, nous pouvons tout d'un coup voir surgir la révolution sociale (...) Dans les dernières années nous avons vu partout la nouvelle secte des socialistes se redresser menaçante contre l'état social de toutes les nations. Pouvons-nous savoir ce qui résultera de ce mouvement ?“ Compte-rendu 19./20. März 1879.

100 Compte-rendu 1978-1979, S. 5681-5684.

101 Pierre Werner meint in seiner Intervention: „Je suis d'accord à discuter le problème de l'abolition partielle ou totale de la peine de mort par la législation ordinaire.“ Compte-rendu 1978-1979, S. 5687.

Am 10. Mai wurden die Diskussionen zur Abschaffung der Todesstrafe über den Verfassungsweg fortgesetzt: „Während LSAP und KP (mit einer Ausnahme) geschlossen für die bedingungslose Abschaffung plädierten, setzte sich die SdP genauso geschlossen für die Beibehaltung der Todesstrafe in Gesetz und Verfassung ein. Auf CSV- und DP-Seite waren die Meinungen geteilt. Am öftesten wurde das Argument des ungünstigen Zeitpunkts angeführt und man hatte den Eindruck, dass einige Abgeordnete sich angesichts der Wahlen an diesem heiklen Problem vorbeidrücken wollten. Im Endeffekt konnte nicht die erforderliche Mehrheit für die Streichung aus der Verfassung gefunden werden und so wurde das Projekt zur Abschaffung der Todesstrafe über den Gesetzesweg in Angriff genommen. Abgestimmt darüber soll nächste Woche werden.“<sup>102</sup>

In der Debatte sprachen sich nacheinander Albert Bousser im Namen seines Fraktionskollegen Cravatte (SdP), Jean-Paul Rippinger (DP) und Jean Wolter (CSV) gegen die Streichung der Todesstrafe aus der Verfassung aus. Dagegen hält die Fraktionsvorsitzende der DP, Colette Flesch, ein überzeugtes und überzeugendes Plädoyer für die Abschaffung der Todesstrafe. Sie unterstreicht dabei auch die Hypokrisie der CSV in Bezug auf das Verbot eines Schwangerschaftsabbruchs und die Bejahung der Todesstrafe. Camille Hellinckx (DP) ist selbstverständlich für die Beibehaltung der Todesstrafe bei besonders schlimmen Verbrechen und möchte im Übrigen die Diskussion auf einen späteren Zeitpunkt vertagen. Dagegen spricht sich Marthe Bigelbach-Fohrmann (LSAP) resolut für die Streichung der Todesstrafe aus der Verfassung aus. René Mart (DP) hingegen meint, Terroristen dürfe man auf keinen Fall schützen. Auch er tritt für die Beibehaltung in Ausnahmefällen ein. Abschließend ergreift Justizminister Krieps nochmals das Wort und erneuert sein Plädoyer für die Abschaffung der Todesstrafe. Auch er weist auf den großen Unterschied zwischen Schwangerschaftsabbruch und Vollstreckung der Todesstrafe hin.<sup>103</sup> Doch es reicht nicht für die nötige Zweidrittel-Mehrheit für

102 DI BARTOLOMEO, Mars, *Aus dem Parlament: Todesstrafe bleibt in der Verfassung verankert*, in: Tageblatt, 11. Mai 1979.

103 So meint Robert Krieps: „J'entends bien que ce débat n'est pas étranger à celui qui a été mené ici en ce qui concerne la question de l'interruption de la grossesse, mais si les adversaires de l'interruption de la grossesse ont plaidé d'une manière aussi formelle et aussi radicale contre toute possibilité d'interruption de la grossesse, y compris l'état, lorsqu'il s'agit de la vie de la femme, de la malformation, du viol, ce que justement les adversaires de l'interruption de la grossesse estimaient que la vie ne pouvait en aucun cas être supprimée. Mais il reste quand même une très grande différence entre l'acte qui consiste à interrompre une grossesse et celui de supprimer une vie adulte. Chaque individu, chaque femme restera avec sa conscience, chacun devra dans sa conscience estimer, juger, si oui ou non il franchit ce pas, et chacun aura à supporter en son fort intérieur le poids de cette décision. Ce qui n'est pas le cas lorsqu'il s'agit de la peine de mort qui sera administrée, je dirai, et je choisis le mot à dessein, elle sera administrée dans une procédure administrative et sans que quiconque soit responsable. Personne n'est responsable de la peine de mort.“ Compte-rendu 1978-1979, S. 5730.



die Abschaffung der Todesstrafe in der Verfassung. Der Berichtersteller des *Tageblatt* resümiert enttäuscht die Abstimmung vom 10. Mai: „CSV u. SdP stimmen geschlossen gegen eine Verfassungsabänderung. Die LSAP stimmt mit Ausnahme von Vic. Abens, der sich enthält, jedoch unterstreicht, dass er keineswegs ein Befürworter der Vollstreckung von Todesurteilen sei, für die Verfassungsänderung genau wie die KP. Auf DP-Seite stimmen lediglich Colette Flesch, Boy Konen und Robert Schaffner für die Verfassungsänderung, während Bob Prüssen sich aus folkloristischen Gründen<sup>104</sup> enthält.“<sup>105</sup> Am 10. Mai 1979 wurde der Vorschlag zur Änderung von Artikel 18 der Verfassung mit 31 gegen 24 Stimmen der Abgeordneten bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Unter den 24 Abgeordneten, die sich für den vorgelegten Text ausgesprochen hatten, waren 16 Sozialisten (Ackermann, Bigelbach-Fohrmann, Birtz, Brebsom, Van den Bulcke, Dondelinger, Hansen, Hauptert, Hengel, Hildgen, Kirsch, Knauf, Krier, Regenwetter, Schlechter und Wehenkel), 5 Kommunisten (Bernard, Bisdorff, Duprel, Meis und Urbany) und 3 Abgeordnete der DP (Flesch, Konen und Schaffner). Dagegen hatten 31 Abgeordnete den Text abgelehnt: 18 aus der CSV (Backes, Boden, Bollandorff, Bürger, Dupong, Gerson, Glesener, Ed. Juncker, Lucius, Margue, Mosar, Ney, Santer, Spautz, Urwald, Werner, Winkin, und Wolter), 9 aus der DP (Elvinger, Eyschen, Hellinckx, Meintz, René Mart, Rippinger, Thyse-Walch, Wagner und Wantz) und 4 aus der SdP (Bousser, Lulling, Hurt und Schleimer). Ein LSAP- und ein DP-Abgeordneter (Abens und Prüssen) enthielten sich ihrer Stimme.

Im *Lëtzebuurger Land* zeigte man sich entsetzt über die Haltung der 10 DP-Abgeordneten, die der Abschaffung der Todesstrafe in der Verfassung nicht zugestimmt hatten: „Die Anpassung nach rechts spiegelt der parteiamtliche Sprachgebrauch wider: war die Demokratische Partei im legislativen Wahlkampf 1974 noch bedacht, mit ihrem Programm ein linksliberales Image zu pflegen, stellte sie sich in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode wieder als Partei der Mitte vor. Zuerst kam dies altneue Selbstverständnis in der Parlamentsarbeit der DP-Fraktion zum Tragen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie nahezu ausschließlich aus (typischen) Vertretern der upper middle classe zusammengesetzt ist. Es machte ihnen offenbar wenig aus, den jahrelang gültigen Anspruch der Demokratischen Partei, links von der Mitte als liberales Korrektiv

zu wirken, unter den Teppich zu kehren. Es schien ihnen halt ratsamer, einen elektoral weniger kompromittierenden Standort, näher zur Rechten als zur Linken, einzunehmen. Solch ein Kurswechsel ist aber bloß möglich in einer Partei, deren Ideologie in der Hauptsache darin besteht, nichts von Ideologie wissen zu wollen. (...) Die Frage ist bloß, ob die Sozialisten sich nicht doch Illusionen über die DP machen. Thorn, Flesch & Co. sind minoritär. Ihre persönliche Tüchtigkeit und ihre politischen Qualitäten haben sie bisher zwar davor bewahrt, ernstlich kontestiert zu werden. Aber die DP ist, was ihre intellektuelle Grundlagen angeht, in einem Prozess des Niedergangs begriffen, den die Parlamentsdebatten über die Todesstrafe vorzüglich (?) illustriert haben. Das Prädikat liberal verdient die Demokratische Partei weniger denn je, obgleich in ihrem Wahlprogramm 1979 ‚Positionen und Analysen‘ noch einmal versucht wird, die DP als Wegbereiter ‚einer fortschrittlichen Gesellschaftspolitik‘ glaubhaft zu machen. Was Marcel Mart und Nik Weber nach mehrmonatiger Denkarbeit zu Papier gebracht haben, haben inzwischen zehn der vierzehn DP-Deputierten unzweideutig Lügen gestraft.“<sup>106</sup>

Da die Verfassungsänderung abgelehnt war, konzentrierten sich die Debatten nun auf das Gesetzesprojekt Nr. 2199, das in seinem ersten Artikel die Änderung des Strafgesetzbuchs vorsah: „La peine de mort est abolie en toute matière et remplacée par la peine immédiatement inférieure jusqu’à ce qu’il soit statué par une loi nouvelle“. Das Gesetzesprojekt zur Streichung aus der Strafgesetzgebung benötigte nur eine einfache Mehrheit. Das *Tageblatt* berichtet am 12. Mai: „Als Tony Wehenkel (LSAP) den Bericht zu dem Projekt vortragen will, leert sich der Saal. Der Berichtersteller hat angesichts dieses geringen Interesses Bedenken,

<sup>106</sup> MEYER, Jean-Marie, *Auf der schiefen Bahn – Die Demokratische Partei: Anspruch und Wirklichkeit*, in: d’Lëtzebuurger Land, 18. Mai 1979, Nr. 20. Vgl. auch HIRSCH, Mario, *Ein Gespräch mit den LSAP-Kandidaten (Michel Delvaux, Robert Krieps): Jouer le jeu démocratique*, in: d’Lëtzebuurger Land, 1. Juni 1979, Nr. 22: „Delvaux stellt sich die Frage, wohin die DP treibe. (...) Der Rechtsdrall der Partei in letzter Zeit jedenfalls ist kein gutes Omen für diesen ‚rééquilibrage idéologique‘. Dazu stellt Robert Krieps fest, die ‚grande bourgeoisie‘ wäre hier nicht das Problem. Sie sei sowieso noch immer der Meinung, dass sie das Land führt, egal welche politische Konstellation zu regieren vorgibt. Das Problem liegt bei der ‚petite et moyenne bourgeoisie‘, die sich auflehnt, quer schießt, weil sie sich verunsichert fühlt. Was die Programme der Parteien anbelangt, findet Robert Krieps, dass sie, kaum den Mut aufbringen, den Stier bei den Hörnern zu packen: ‚ils retardent d’une guerre!‘ Sie seien noch immer auf Erfahrungen der Vergangenheit zugeschnitten und würden der Aufbruchsstimmung der fetten Jahre noch zuviel Aufmerksamkeit schenken. Sie tun noch immer so, als ob das Füllhorn noch keineswegs am Versiegen wäre. Auch diese Koalition ist den Aussagen des sozialistischen Ministers zufolge unvorbereitet in das bittere Erlebnis der Wirtschaftskrise hineingeschlittert. Krieps weiß zu berichten, dass die ersten Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise ‚littéralement‘ während der Ministerratssitzungen ausgearbeitet wurden. Die rezente Verfassungsdebatte ist für Robert Krieps ein treffendes Beispiel dafür, unter welchen Voraussetzungen eine grundsätzliche politische Auseinandersetzung hierzulande verläuft.“

<sup>104</sup> Der Abgeordnete Prüssen enthält sich wegen der „Brandrede gegen die Bourgeoisie“ von Herrn Urbany. Sonst hätte er „selbstverständlich dafür gestimmt“. *Compte-rendu 1978-1979*, S. 5745.

<sup>105</sup> Vgl. MEYER, Jean-Marie, *Auf des Messers Schneide*, in: d’Lëtzebuurger Land, 11. Mai 1979, Nr. 19.

trägt seinen Bericht schließlich dennoch vor. Durch das Projekt soll die Todesstrafe bekanntlich in allen Fällen aus der Strafgesetzgebung gestrichen und durch die nächstfolgende Strafe, in diesem Fall lebenslänglich, ersetzt werden. Die Todesstrafe stand bisher auf Verbrechen gegen innere u. äußere Sicherheit des Staates, Kriegsverbrechen, militärrechtliche und gemeinrechtliche Verbrechen sowie auch Flugzeugentführungen mit Geiselmord. Tony Wehenkel setzt sich in seinem Bericht ausführlich mit der Ersatzstrafe auseinander und meint, dass es keine Gründe gäbe, hier keine mildernden Umstände gelten zu lassen. Erster Redner zu dem Projekt ist Nic Mosar (CSV) der sich gegen eine Abschaffung in allen Fällen ausspricht u. sich in einem Amendement für die Beibehaltung der Todesstrafe bei Terrorismus u. Morden mit Vorbedacht ausspricht. (...) Astrid Lulling (SdP) spricht sich gegen die Abschaffung über Gesetz aus und fordert ein Referendum zu dieser Frage. (...) Die DP meldete sich nicht zu Wort. Über das Projekt wird am Dienstag abgestimmt.<sup>107</sup> Doch in seiner Analyse vom gleichen Tag gibt der Tageblatt-Journalist Mars Di Bartolomeo auch seiner Hoffnung Ausdruck, die Abschaffung über den Gesetzesweg könnte eine einfache Mehrheit im Parlament finden: „Die Diskussionen in der Kammer haben jedoch gezeigt, dass es unter den Abgeordneten eigentlich, mit der einen oder anderen Ausnahme, keine offenen Befürworter der Todesstrafe mehr gibt, dass, wie sie sich ausdrückten, sie eher Gegner des Verbots der Todesstrafe über den Verfassungsweg seien. Die häufigsten Argumente, die gegen die Abschaffung über die Verfassung vorgebracht wurden, waren der angeblich ungünstige Zeitpunkt und die Pflicht des luxemburgischen Staates, sich auch weiterhin wirksam gegen Verbrechen wie Terror zu verteidigen. Es ist sicherlich verständlich, dass einige Abgeordnete sich angesichts der nahenden Wahlen und ihrer Vorstellung des Volksempfindens zu diesem Problem an einer Entscheidung vorbeidrücken wollen und die Diskussion lieber verschoben hätten. Mit Justizminister Krieps muss man sich dann jedoch die Frage stellen, wann denn nun endlich der günstige Zeitpunkt kommt. Schließlich hat es bereits drei Anläufe zur Abschaffung der Kapitalstrafe gegeben und jedes Mal wurde das Argument vom ungünstigen Zeitpunkt in die Debatte geworfen. Hat denn unser Land wirklich konsequent die günstigen Zeitpunkte verpasst? Erstaunlich mutet zumindest auch das Argument einer jungen DP-Nordabgeordneten<sup>108</sup> an, die zwar meinte, sie sei sich bewusst, dass man Verbrecher nicht mehr foltern könne, doch müsse die Todesstrafe sein, da ihrer Meinung nach ‚le-

benslänglich‘ noch unmenschlicher sei. Nicht oft genug kann auf das Doppelspiel hingewiesen werden, das die Christlich-Sozialen betreiben. Im Zusammenhang mit dem Projekt über Schwangerschaftsabbruch plädierten sie für den absoluten Schutz des Lebens, in Sachen Todesstrafe aber fanden sie nicht die notwendige Konsequenz, um auch hier für das Leben zu stimmen. Sie führten das gleiche Argument an, das sie dazu bewogen hatte, gegen eine gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs zu stimmen. Hatte es beim Abtreibungsgesetz geheißen, es sei ja sowieso niemand bestraft worden, wurde hier gemeint, die Todesstrafe würde ja sowieso nicht mehr vollstreckt. Ein komisches Verständnis, das die CSV von unserer Gesetzgebung hat, muss man da sagen. Es hilft jedoch nichts über den Konservatismus unserer Kammer zu lamentieren, vielmehr muss man hoffen, dass sich wenigstens die notwendige Mehrheit zur Abschaffung über den Gesetzesweg finden lässt und, dass der Staatsrat sich seine Haltung noch einmal gründlich überlegt ehe er die Entbindung vom zweiten Votum verweigert!<sup>109</sup>

Verschiedene Abgeordnete von DP und CSV waren wohl in der Tat grundsätzlich bereit, die Anwendung der Todesstrafe durch ein Gesetz weitgehend einzuschränken, wollten jedoch die Tür für eine Wiedereinführung dieser Strafe offen lassen und so die Rechtsgrundlage in der Verfassung beibehalten. Ein Änderungsantrag einiger DP-Abgeordneter sah unter anderem vor, bei einer Entführung, Gefangennahme, Gefangenhaltung oder Freiheitsberaubung, die den Tod der entführten Person nach sich zieht, die Todesstrafe zu verhängen.<sup>110</sup> Colette Flesch (DP) wies allerdings darauf hin, dass ihre Fraktion weiterhin gespalten sei und ein Teil der Abgeordneten nicht für den Änderungsantrag stimmen würde, weil sie die völlige Abschaffung wollten und keine abgeschwächte Fassung davon. Der CSV-Abgeordnete Mosar<sup>111</sup> erklärte im Namen der CSV, dass seine Partei gegen die Abschaffung der Todesstrafe in der Verfassung gestimmt hätte, um die Türen für eine Wiedereinführung offen zu lassen, sollte die Sicherheit der Gesellschaft dies erfordern, doch würde seine Partei sich mit dem Änderungsantrag der DP einverstanden erklären, der

107 DI BARTOLOMEO, Mars, *Aus dem Parlament: Diskussion zur Abschaffung der Todesstrafe über Gesetzesweg*, in: *Tageblatt*, 12. Mai 1979.

108 Es handelt sich um Frau Thyès-Walch.

109 DI BARTOLOMEO, Mars, *Todesstrafe: Nur noch Chancen für eine „halbe“ Lösung*, in: *Tageblatt*, 12. Mai 1979.

110 *Compte-rendu 1978-1979*, S. 5965. Vgl. auch J.T., *Aus dem Parlament: Todesstrafe abgeschafft: Stahlplan endgültig abgesichert*, in: *Tageblatt*, 18. Mai 1979.

111 Nic Mosar meinte u.a.: „(...) nous sommes (par contre) d'accord de supprimer par la loi normale la peine capitale pour la très grande partie des infractions réprimées aux termes de nombreux articles de notre loi spéciale. Cette suppression pourrait être dans le cadre du présent projet. La peine capitale ne subsisterait après cette solution que pour quelques infractions, mais des infractions particulièrement odieuses qui se développent à notre époque et qui caractérisent l'actualité criminelle de nos jours.“ *Compte-rendu 1978-1979*, S. 5758.

1093

**Loi du 20 juin 1979 portant abolition de la peine de mort.**

Nous JEAN, par la grâce de Dieu, Grand-Duc de Luxembourg, Duc de Nassau;  
Notre Conseil d'Etat entendu;  
De l'assentiment de la Chambre des Députés;  
Vu la décision de la Chambre des Députés du 17 mai 1979 et celle du Conseil d'Etat du 29 mai 1979 portant qu'il n'y a pas lieu à second vote;

Avons ordonné et ordonnons;

**Art. 1<sup>er</sup>.** La peine de mort est abolie en toute matière et remplacée par la peine immédiatement inférieure jusqu'à ce qu'il y soit statué par une loi nouvelle.

**Art. 2.** L'article 7 du code pénal est remplacé comme suit:

Article 7: Les peines applicables aux infractions sont:

En matière criminelle:

- 1) les travaux forcés;
- 2) la détention;
- 3) la réclusion;
- 4) la destitution des titres, grades, fonctions, emplois et offices publics.

En matière correctionnelle et de police:

L'emprisonnement.

En matière criminelle et correctionnelle:

L'interdiction de certains droits politiques et civils;  
Le renvoi sous la surveillance spéciale de la police.

En matière criminelle, correctionnelle et de police:

- 1<sup>o</sup> L'amende;
- 2<sup>o</sup> La confiscation spéciale.

**Art. 3.** Toutes les dispositions contraires à la présente loi et notamment les articles 8, 9, 10 et 11 du code pénal sont abrogés.

Mandons et ordonnons que la présente loi soit insérée au Mémorial pour être exécutée et observée par tous ceux que la chose concerne.

Palais de Luxembourg, le 20 juin 1979

Jean

Le Ministre de la Justice,

Robert Krieps

Doc. parl. N° 2199 sess. ord. 1977-1978 et 1978-1979

*Die Todesstrafe ist per Gesetz abgeschafft*

vorsah, die Todesstrafe in einigen wenigen Fällen beizubehalten. Alphonse Spielmann analysierte später die Ablehnung dieses Änderungsvorschlags, mit Blick auf die Debatte in Frankreich, als Durchbruch für die grundsätzliche gesetzliche Abschaffung: *„[En France, l’amendement en question, dit amendement Edgar Faure, tendait à ne conserver la peine de mort que dans les cas de récidive d’assassinat, de meurtre d’un agent de l’ordre public et d’enlèvement de mineur suivi de mort. Il est intéressant de noter qu’au Luxembourg un amendement semblable avait été présenté lors des débats parlementaires. Son rejet, par 33 voix contre 20 et 5 abstentions, ouvrait la voie à l’abolition de la peine de mort.“*<sup>112</sup>

Bei der Abstimmung am 17. Mai 1979 über den ursprünglichen Gesetzesentwurf Nr. 2199 wurde dieser schlussendlich mit 32 gegen 14 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen. 16 Abgeordnete der LSAP (Ackermann, Bigelbach-Fohrmann, Birtz, Brebsom, Van den Bulcke, Dondelinger, Hansen, Hauptert, Hengel, Hildgen, Kirsch, Knauf, Krier, Regenwetter, Schlechter und Wehenkel), 7 Abgeordnete der DP (Bacques, Flesch, Konen, Meintz, Prussen, Rippinger und Schaffner), 4 Abgeordnete der CSV (Boden, Bürger, Dupong und Santer) und 5 kommunistische Abgeordnete stimmten dafür. Dagegen stimmten 3 Abgeordnete der CSV (Margue, Urwald und Winkin), 6 Abgeordnete der DP (Elvinger, Eyschen, Hellinckx, René Mart, Thyès-Walch und Wagner) und 5 Sozialdemokraten (Bousser, Cravatte, Lulling, Hurt und Schleimer). Die 10 Enthaltungen verteilten sich auf 8 Mitglieder der CSV (Bollendorff, Gerson, Glesener, Ed. Juncker, Mosar, Spautz, Werner, und Wolter), einen Sozialisten (Abens) und einen Liberalen (Wantz). Pierre Grégoire und Jos Lucius (beide CSV) waren an jenem Tag nicht in der Kammer präsent. Durch dieses Gesetz wurde die Todesstrafe für Kriminalverbrechen aus Artikel 7 des Strafgesetzbuches gestrichen. Artikel 8 und 9 des Strafgesetzbuches über die Modalitäten der Todesstrafe werden ganz abgeschafft.

Im *Tageblatt* jubilierte der überzeugte Abolitionist Romain Durlet am Tag nach dem Votum: *„Die Abschaffung der Todesstrafe ist in meinen Augen eine Frage der Ehrlichkeit und der Menschlichkeit!‘ Dies hatte uns Justizminister Robert Krieps in einem Interview im Oktober 1975 erklärt. Für den Minister ging es also bei der Abschaffung der Höchststrafe um die grundlegenden Prinzipien unserer Gesellschaft. – Ehrlichkeit: Man jagt den Leuten eine illusorische Angst ein, und will dann diese Angst mit illusorischen Mitteln*

*bekämpfen. Die Todesstrafe hat keine abschreckende Wirkung: sie wurde seit 1949 nicht mehr ausgeführt. – Menschlichkeit: hat die Gesellschaft das Recht ein Leben zu zerstören? Der Staat gibt kein Leben, also kann er auch kein Leben nehmen. Die leidigen Diskussionen über dieses Thema sind nun endlich abgeschlossen. In der Abgeordnetenkammer fand sich eine komfortable Mehrheit von Abgeordneten, die, ohne sich an eine Parteidisziplin zu binden, aus freier Entscheidung heraus, ihrem Gewissen folgend, sich für die Abschaffung der Todesstrafe aussprachen. (...) Somit konnte das Gesetz mit 32 Ja-Stimmen gegen 14 bei 10 Enthaltungen votiert werden. Dieser Entscheid der Abgeordnetenkammer ist also eindeutig und es wäre wirklich zu hoffen, dass angesichts der großen Majorität für die Abschaffung der Todesstrafe, der Staatsrat die Deputierten von einem zweiten Votum entbinden würde. (...) Die Zukunft wird sicher denen Recht geben, die sich diese Woche für die Abschaffung entschieden haben. Eine 100 Jahre-dauernde Diskussion findet somit endlich ihren Abschluss.“*<sup>113</sup>

Im *Lëtzebuurger Land* hingegen analysierte Mario Hirsch die Debattenbeiträge vor allem in Bezug auf die gescheiterte Verfassungsänderung und die zukünftigen Möglichkeiten einer fortschrittlichen Politik: *„Dass ein aufgeklärter Standpunkt hoffnungslos unterlegen war (bekanntlich stimmten nur 28 Abgeordnete einer Abschaffung der Todesstrafe über den Verfassungsweg zu; man war meilenweit von der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit entfernt), ist vor allem einer militanten Gruppe von Hinterbänklern der DP zu verdanken, die sich um den rechtslastigen Notar Hellinckx scharte. Diese Gruppe (in ihrem Übereifer, dem Racheinstinkt das Wort zu reden, gelang es ihr, die CSV geradezu fortschrittlich zu machen) dokumentierte in ihrem Gebaren, wie brüchig und schmal die Legitimität unserer Gesellschaft ist. Folgt man den Überlegungen der Rippinger, Eyschen, Thyès, René Mart, Hellinckx, so drängt sich unweigerlich der Schluss auf, dass die Legitimität dieser Gesellschaft keinen Boden hergibt, auf dem man auch in Notzeiten liberal-demokratisch konsequent zu gehen vermöchte. Wie verquer die Logik der Anhänger der Todesstrafe in Wirklichkeit ist, zeigte sich, als sie ihre Einstellung mit dem Hinweis zu begründen versuchten, es gebe keine wirksame ‚peine de remplacement‘. Diese Argumentation aber war nur ein Vorwand, die Liberalisierung im Strafvollzug aufs Korn zu nehmen. So wurde u.a. bedauert, dass Schwerverbrecher in der Regel frühzeitig entlassen werden und sowieso immer das Risiko einer Flucht aus der Haftanstalt bestehe. Die Argu-*

112 SPIELMANN, Alphonse, *op.cit.*, 2003/2006, S. 86, Fn. 28.

113 DURLET, Romain, *Es ist vollbracht*, in: *Tageblatt*, 18. Mai 1979.

## La peine de mort abolie au Luxembourg

**H**orreur : la peine de mort abolie ». Non, ce titre n'est pas celui de la presse Hersant ce matin. Ce n'est pas encore pour cette fois. Car si la peine de mort a été abolie ce n'est pas en France mais au Luxembourg dans ce pays d'un peu plus de 300 000 habitants. Notre cher hexagone et sa barbarie sont décidément de plus en plus isolés.

En Luxembourg, il est vrai, la chose n'a pas été sans mal. Le pays qui est gouverné par une coalition socialiste-libérale doit cette réforme à l'obstination de leur ministre de la Justice Robert Krieps. Cet ancien prisonnier, lors de la dernière guerre, a engagé depuis son accession à la justice toute une série de mesures pour humaniser les prisons. Des réformes libérales ont été instituées sur des problèmes comme le congé pénal ou la mise en liberté provisoire.

Quant à la peine de mort, il eut bien du mal à faire voter son abolition. Une première fois il y a quinze jours le gouvernement avait proposé aux parlementaires de supprimer la peine de mort de la constitution. Mais pour modifier cette dernière il faut une majorité des deux tiers. Les « abolitionnistes » n'allaient pas l'atteindre. Les socialistes ainsi que les quelques communistes votaient pour. Certains libéraux aussi.

Mais d'autres effrayés par cette réforme qui intervient à quelques semaines des élections législatives ont préféré rejoindre dans l'opposition conservatrice, les sociaux-démocrates et les démocrates chrétiens qui revendiquaient un référendum.

Malgré cet échec, Robert Krieps ne s'est pas découragé. Hier jeudi, il présentait cette fois-ci un projet de loi pour l'abolition de la peine de mort .

Habile stratagème qui lui permettait sans toucher à la constitution d'arriver à ses fins. Pour qu'une loi soit adoptée, il suffit en effet d'une majorité simple. 33 députés allaient voter pour. 20 contre, 6 s'abstenaient.

Il n'y aura donc plus de condamnation à la peine suprême chez notre voisin. Depuis longtemps il est vrai personne n'avait été exécuté. La dernière fois c'était en 1948, pour un homme qui avait assassiné cinq personnes. Trois années auparavant huit collaborateurs nazis avaient subi ce même chatiment. Mais excepté ceux-ci la dernière peine de mort exécutée remonte à 1821. Enfin, en 1957, un homme avait été condamné à la peine capitale mais il avait été immédiatement gracié. Un exemple que les gouvernements français auraient dû suivre depuis belle lurette.

J.P.D

Artikel in Libération am 18. Mai 1979

mentation gipfelte in dem Vorschlag, die Möglichkeit des Gnadengesuchs müsse in besonders schweren Fällen ausgeschlossen werden (Eyschen). Wie sehr bei diesen Leuten die Vergeltung im Vordergrund steht, zeigte sich als die Abgeordnete Thyes unumwunden der ‚loi du talion‘ das Wort redete. Das Strafbedürfnis scheint hier ans Bodenlose zu grenzen und unter dem Imperium der Racheinstinkte werden die berechtigten Schutzbedürfnisse der Gesellschaft vollends über Bord geworfen. Justizminister Robert Krieps, René Urbany, Marthe Bigelbach aber auch Colette Flesch entlarvten den Sophismus derjenigen, die sich auf einen schäbigen Handel einlassen und bereit sind, das physische Leben der Kriminellen nur dann aufrechtzuerhalten, wenn die Gewissheit besteht, dass sie nur nach ihrem Tod das Gefängnis verlassen. Die Redner brandmarkten aber vor allem die Hypokrisie und Inkonsequenz der Anhänger der Todesstrafe. Colette Flesch, einsame Stimme der Vernunft im liberalen Lager (nur Robert Schaffner und Boy Konen teilten ihren Standpunkt), widerlegte das Argument der Anhänger der Todesstrafe, die Kontroverse sei akademischer Natur, da es ja

praktisch nicht zu Hinrichtungen kommt 'Comment justifier le maintien de la peine capitale et la volonté de pas l'appliquer?' Genau wie Justizminister Krieps wies sie nach, dass das Argument, der Zeitpunkt sei schlecht gewählt, in Wirklichkeit nur die Feigheit gewisser Leute dürrftig überdeckt: 'On peut évidemment toujours estimer que ce n'est pas le moment et qu'il y a autre chose à faire ... à mon avis ce sont des contingences, ce sont des prétextes, ce sont des excuses, ce sont des faux-fuyants. Ayons le courage de nos opinions. Si nous sommes contre la peine de mort, supprimons la.' Die Parallele die Frau Flesch zur Abtreibungsfrage zog, bewies deutlich, dass sie nicht nur die Aufmüpfigkeit in den Reihen ihrer Fraktion im Sinne hatte, sondern vor allem die Doppelzüngigkeit der CSV.<sup>114</sup>

Die letzte Hürde für das Gesetz über die Abschaffung der Todesstrafe in Luxemburg, bildet der Staatsrat, der sich zuvor gegen die Abschaffung über den Gesetzes-

<sup>114</sup> HIRSCH, Mario, *Schwärzestes Mittelalter – Die Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe*, in: d'Lëtzeburger Land, 19. Mai 1979, Nr. 20, S. 4.

weg ausgesprochen hatte. Doch am 29. Mai entbindet der Staatsrat die Kammer von einem zweiten Votum. Im Tageblatt zeigt man sich zufrieden: „Längere Diskussionen (...) gab es zum Gesetzprojekt über die Abschaffung der Todesstrafe. Schließlich stellte die Hohe Körperschaft fest, dass es keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Gesetz gäbe und stimmten mit 11 gegen 8 für die Entbindung. (...) Gegen eine Entbindung vom zweiten Votum bezogen die Herren Goerens, Kraus, Kauffman(n) und Madame Schwall Stellung. Auch sie räumten jedoch ein, dass es keinerlei verfassungsrechtliche Verstöße gebe. Sie führten die zur Genüge bekannten Argumente an, die gegen eine Abschaffung der Todesstrafe vorgebracht wurden, und meinten, dass die Entscheidung für sie eine Gewissensfrage sei. Man muss sich allerdings die Frage stellen, ob dies nicht einem vollkommen falschem Verständnis der Rolle des Staatsrates ist, dessen vorrangige Aufgabe es sein sollte, die verfassungsrechtlichen Aspekte unter die Lupe zu nehmen. René Grégorius,<sup>115</sup> der sich für die Dispens einsetzte, meinte, dass der Staat falls er mit Gewalt auf Gewalt antworte, den Gewalttätigkeiten Recht gebe.“<sup>116</sup>

Das Gesetz vom 20. Juni 1979 schaffte also die Todesstrafe per Gesetz in Luxemburg ab. Doch die resoluten Gegner der Todesstrafe – wie Nic Klecker und Alphonse Spielmann – bedauerten zutiefst, dass die Todesstrafe noch in der Luxemburger Verfassung bestehen blieb. So schrieb Nic Klecker bereits im Juni 1979 im *Lëtzebuurger Land*: „Nos députés viennent d’enlever à nos juridictions la possibilité de condamner à mort. Mais ils ont laissé subsister la peine capitale dans notre constitution. La réaction de tous ceux qui se battent contre l’inhumain institutionnalisé est mitigée: il y a certes la satisfaction de voir qu’un pas décisif a été fait, mais il y a aussi la conscience de l’obligation de ne pas cesser le combat contre tous les arguments fallacieux et dangereux de ceux qui, même s’ils sont de bonne foi, méconnaissent la gravité de ce qui est en jeu. Le vote obtenu récemment ne peut être qu’une étape vers un état qui n’admettra plus que l’inhumain constitue un aspect de la définition de notre État. Tout le monde parle de la peine de mort. Les ‘oui, mais’ et les ‘non, mais’, si nombreux dans les discussions sur l’abolition,

115 Vgl. FAYOT, Ben / HOFFMANN, Serge / MAAS, Jacques / STEIL, Raymond, *op.cit.*, Notiz zu René Grégorius, S. 160.

116 DI BARTOLOMEO, Mars, *Staatsrat schafft Todesstrafe endgültig ab*, in: *Tageblatt*, 30. Mai 1979. Vgl. *Loi du 20 juin 1979 portant abolition de la peine de mort*, in: *Mémorial A*, Nr. 53, 4. Juli 1979, S. 1093: „Art. 1er La peine de mort est abolie en toute matière et remplacée par la peine immédiatement inférieure jusqu’à ce qu’il y soit statué par une loi nouvelle.“ Im Militärstrafrecht wird die Todesstrafe durch ein Gesetz von 1982 formell abgeschafft: *Loi du 31 décembre 1982 concernant la refonte du code pénal militaire*, in: *Mémorial A* Nr. 114 vom 31. Dezember 1982, S. 2600.

*semblent prouver qu’il s’agit d’une réalité mal connue. Les hésitants ne sont peut-être pas fort disposés à apprendre à connaître ce dont ils décident.*<sup>117</sup>

Nach den verlorenen Wahlen von 1979 antwortete Robert Krieps mit etwas Verbitterung, aber auch sehr viel Stolz auf die Regierungserklärung des neuen Premiers Pierre Werner: „Ce que beaucoup dans cette enceinte n’ont pas réalisé, c.-à-d. que les réformes valent davantage par l’esprit et la conception de la société dont elles procèdent que par leurs dispositions concrètes. Certes la laïcisation du serment, la réforme du divorce, l’égalité des droits accordée aux enfants naturels, la reconnaissance de la qualité d’héritier à l’époux survivant, la protection de la vie privée, la dépénalisation de l’adultère, l’abolition de l’interdiction du mariage avec le complice d’adultère, la protection contenue dans le code de procédure administrative constituent des solutions importantes et adaptées à notre époque, mais elles ne sont que les signes visibles d’une autre conception de la société, de l’État, de l’autorité. C’est l’homme qui est placé au premier plan et non plus l’État, son autorité, ses intérêts, sa finalité comme s’il fallait l’apaiser chaque jour par des sacrifices humains toujours renouvelés.“<sup>118</sup>

Bereits nach dem Votum vom 17. Mai 1979, hatte Robert Badinter an Alphonse Spielmann geschrieben: „Je crois (en effet) que la longue marche vers l’abolition a atteint, sinon son port, en tout cas son ultime étape. Votre exemple n’y aura pas été indifférent.“<sup>119</sup> Wenige Monate nach seiner Ernennung zum Justizminister gewann er am 18. September 1981 – mehr als zwei Jahre nach der gesetzlichen Abschaffung der Todesstrafe in Luxemburg – mit einer engagierten Rede vor der französischen Nationalversammlung eine Dreiviertelmehrheit für die Abschaffung der Todesstrafe: „Utiliser contre les terroristes la peine de mort, c’est, pour une démocratie, faire sienne les valeurs de ces derniers.“ meinte er vor dem französischen Parlament.<sup>120</sup> Diese

117 KLECKER, Nic, *Peine de mort et rage populaire*, in: *d’Lëtzebuurger Land*, 15. Juni 1979, Nr. 24. Vgl. auch SPIELMANN, Alphonse, *Peine de mort, peine constitutionnelle?*, in: *d’Lëtzebuurger Land*, 1982, Nr. 46.

118 *Compte-rendu 1979-1980* S.84

119 SPIELMANN, Alphonse, *op.cit.*, 2003/2006, S. 86.

120 BADINTER, Robert, *„J’ai l’honneur (...) de demander à l’assemblée nationale l’abolition de la peine de mort.“*, *Journal Officiel de la République Française*, n° 27/1981, 18 septembre 1981, S. 1141 und vgl. allg. BADINTER, Robert, *L’abolition*, Paris 2000; Vgl. auch, BROMAN, David, *„L’homme est un animal qui tue“ – 30 ans d’abolition*, in: *Le Jeudi*, 14. Mai 2009. Vgl. auch allg.: PRANTL, Heribert, *Der Terrorist als Gesetzgeber: Wie man mit Angst Politik macht*, München 2008: „Seit dem 11. September 2001 ist das Sichere nicht mehr sicher. Freiheitsrechte werden eingeschränkt, Grundrechte in Frage gestellt. (...) Die Terroristen haben das Denken besetzt, sie versuchen den Geist der Gesetze. Die Angst vor dem Terrorismus treibt die westlichen Staaten zu Reaktionen, vor denen man Angst haben muss. Sogar die Folter klopft wieder an die Tür. Und Personen, die man für gefährlich hält, sollen auf Dauer inhaftiert werden, auch wenn sie noch nichts getan haben. (...) Der neue Präventions- und Sicherheitsstaat zehrt von den Garantien des Rechtsstaats; er entsteht, indem er sie verbraucht.“

Feststellung hat seit dem 11. September 2001 sicherlich wieder an Aktualität gewonnen. Die Gegner einer freiheitlich-sozialen Grundordnung versuchen immer wieder mit Ängsten Politik zu machen. Doch ein aufgedunsener, sich immer weiter ausbreitender Sicherheitsstaat untergräbt im Ende die Grundrechte und die Garantien des Rechtsstaats.

### 3. Epilog

Nach 1979 flammte die Debatte über die Todesstrafe in Luxemburg nicht mehr wirklich grundsätzlich auf. Nur bei der Ratifizierung des Protokolls Nr. 6 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wurden die zum Teil gleichen Argumente vor dem neuen internationalen Hintergrund nochmals ausgetauscht. In der Menschenrechtskonvention von 1950 war die Todesstrafe nicht unter allen Umständen (Kriegszeiten als Ausnahme) abgeschafft worden. Doch der Europarat hatte seitdem einen bedeutenden Beitrag zu ihrer Abschaffung geleistet, der dann im Protokoll Nr. 6 Gestalt annahm, welches am 28. April 1983 in Straßburg unterzeichnet wurde.<sup>121</sup> Der Gesetzentwurf Nr. 2816 zur Ratifizierung dieses Protokolls wurde jedoch noch nicht einstimmig verabschiedet. Auch wenn Robert Krieps, wiederum Justizminister, diesmal in der neuen CSV-LSAP Regierung (1984-1989), alle Abgeordneten inständig darum bat: „*Um nationale Plang geschitt (...) bei eis näischt Neies wat déi Konventioun ubelaangt; et as awer um internationale Plang eng ganz wichteg Fro, déi sech haut stellt, an dat as déi ze wëssen, ob d'Veitrieder vum Lëtzebuurger Land, déi am Conseil de l'Europe eng Konventioun mat elaboréiert hun, där Konventioun se hir Adhésioun gin hun, vun enger anerer Regirung an anerer Cômpositioun mat ënnerstëtzt gin, mä ëmmer erëm an der Continuitéit vun den internationale Konventiounen a vun den internationalen Engagementer [ech] géing lech wierklech bidden, am Hibleck op d'Usehen vun eisem Land op der internationaler Szen an der Kontinuitéit vun der Respônsabilitéit vun enger Regirung, wéi och ëmmer se um nationale Plang zesummesat as, Äre Vote dono ze riichten an och ze bedenken, dass dat um nationale Plang keng direkt Konsequenzen huet. Ech soen lech merci.*“<sup>122</sup> Besonders Viviane Reding, Astrid Lulling, Georges Margue (CSV) und auch René Mart (DP) wiederholen in der Kammer die altbekannten populistischen Argumente der Befürworter der Todesstrafe, ohne Rücksicht auf das internationale Ansehen

<sup>121</sup> SPIELMANN, Alphonse, *La Convention européenne des droits de l'homme et la peine de mort*, in: *Présence du droit public et des droits de l'homme*, Brüssel 1992, abgedruckt in: SPIELMANN, Alphonse, op.cit., 2006, S. 359.

<sup>122</sup> Compte-rendu, Mittwoch 17. Oktober 1984, S.91 f.

Luxemburgs. Am 17. Oktober 1984 stimmten 54 Abgeordnete mit Ja, aber auch 6 mit Nein: Ernest Petry, Fernand Rau, Viviane Reding, Astrid Lulling, Georges Margue (CSV) und René Mart (DP). 3 Abgeordnete enthielten sich: Michel Wolter, Roger Lenert und Nic Mosar (CSV).

Ein weiteres internationales Rechtsinstrument zur Bestätigung der Abschaffung war das zweite Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, welches am 15. Dezember 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde und auf die Abschaffung der Todesstrafe abzielte.<sup>123</sup> Seine Ratifizierung in Luxemburg wurde am 17. Oktober 1991 mit 49 Stimmen bei zwei Enthaltungen, Ady Jung und Marcelle Lentz-Cornette (beide CSV), erreicht.

Auf der Tagung des Europarates im Oktober 1997 riefen schließlich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, einschließlich aller EU-Mitgliedstaaten, zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe auf. Den Schlusspunkt der Luxemburger Kontroverse über die Abschaffung der Todesstrafe in der Verfassung bildete dann die einstimmige Annahme eines neuen Textes, durch den am 21. April 1999 endlich Artikel 18 und 118 der Verfassung ersetzt wurden: „*La peine de mort ne peut être établie.*“<sup>124</sup> Seitdem ist die verfassungsrechtliche Grundlage, an der die CSV und Teile der DP so lange festgehalten hatte, nicht mehr vorhanden, und die Todesstrafe kann in Luxemburg nicht wieder *per* Gesetz eingeführt werden. Wie der Berichterstatter über den Entwurf der Verfassungsänderung, der CSV-Abgeordnete François Biltgen, damals erklärte, hatte die Abgeordnetenversammlung seit 1979 bereits zwei Gesetze über völkerrechtliche Bestimmungen angenommen, welche seitdem bereits eigentlich gewährleistet, dass die Todesstrafe in Luxemburg nicht wieder eingeführt werden konnte. Durch das erste Gesetz, war das bereits erwähnte Protokoll Nr. 6 zur EMRK und durch das zweite das Fakultativprotokoll zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN, ratifiziert worden.

<sup>123</sup> Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 (Artikel 6 Absatz 2) gestattet die Verhängung der Todesstrafe nur für schwerste Verbrechen, nur aufgrund von Gesetzen, die zur Tatzeit in Kraft waren, und nur, wenn diese den Bestimmungen des Paktes zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord nicht widersprechen. Sie darf nur aufgrund eines rechtskräftigen Urteils eines zuständigen Gerichts vollstreckt werden. Das Zweite Fakultativprotokoll zu diesem Pakt vom 15. Dezember 1989 bestimmt in Artikel 1: „1. Niemand, der der Hoheitsgewalt eines Vertragsstaats dieses Fakultativprotokolls untersteht, darf hingerichtet werden. 2. Jeder Vertragsstaat ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, um die Todesstrafe in seinem Hoheitsbereich abzuschaffen.“

<sup>124</sup> *Loi du 29 avril 1999 portant révision des articles 18 et 118 de la Constitution*, Mémorial A, Nr. 49, 5. Mai 1999, S. 1174.

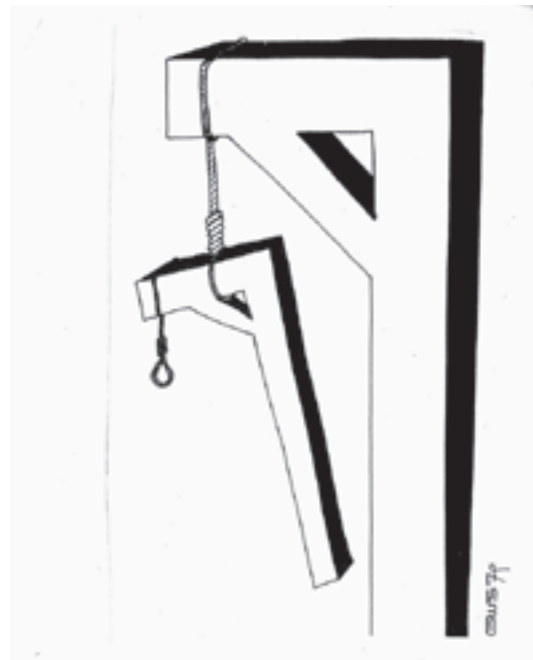
## Die politischen Debatten um die Abschaffung der Todesstrafe

Der Europarat fügte am 3. Mai 2002 das Protokoll Nr. 13 zur Menschenrechtskonvention hinzu, das die Todesstrafe selbst in Kriegszeiten ausschließt. Protokoll Nr. 6 zur Konvention über die Abschaffung der Todesstrafe, hatte bekanntlich die Todesstrafe nicht für Taten ausgeschlossen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden. Das Protokoll Nr. 13 zur EMRK<sup>125</sup>, das unter anderem von allen EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde und am 1. Juli 2003 in Kraft trat, verpflichtet die betreffenden Mitgliedstaaten zur endgültigen Abschaffung der Todesstrafe unter allen Umständen. Protokoll Nr. 13 wurde am 1. Februar 2006 einstimmig und ohne weitere Diskussionen durch die Luxemburger Abgeordnetenkammer ratifiziert. In Artikel 2 der EU-Charta der Grundrechte ist heute vorgesehen, dass niemand zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden darf. Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben diesen Bestimmungen uneingeschränkt zugestimmt und wenden sie in der Praxis auch an. Das Ministerkomitee des Europarates hat des Weiteren im September 2007 beschlossen, einen „Europäischen Tag gegen die Todesstrafe“ auszurufen, der alljährlich am 10. Oktober begangen werden soll. Im Dezember 2007 wurde dieser Europäische Tag gegen die Todesstrafe auch von der Europäischen Union ausgerufen.

Heute ist die Todesstrafe sowohl aus dem Luxemburger Strafgesetzbuch als auch aus der Luxemburger Verfassung endgültig verschwunden. Es war ein langer und beschwerlicher Weg, auf dem sich die konservativen Vertreter einer gewissen Auffassung der öffentlichen Ordnung und des Vergeltungsprinzips einerseits, und die Verteidiger des allgemeinen Rechts auf Leben und einer Humanisierung des Strafvollzugs andererseits, einen heftigen Streit lieferten. Nic Klecker blickte 2008 noch einmal auf diese Auseinandersetzungen zurück: *„Dans nombre de pays, l'interdiction de tuer a atteint désormais la morale des sociétés qui, par voie de législation, ont proscrit la peine capitale. La protection de la vie humaine est garantie dans les pays membres du Conseil de l'Europe par un article de la Convention des Droits de l'Homme. Quand on sait que cet acquis est le fruit de longs débats, d'un obstiné travail de conviction auprès des responsables politiques, on peut mesurer l'influence d'une opinion publique, dont la partie éclairée fournissait les arguments aux organisations actives dans le domaine des droits humains. Il est fort intéressant de se remémorer les résistances contre lesquelles l'abolition de la peine capitale s'est*

*conquise en France et au Luxembourg.*“<sup>126</sup> Auch dies ist der Sinn des vorliegenden Artikels.

Denn die Abschaffung der Todesstrafe, sowie jeder andere politische und gesellschaftliche Fortschritt sind nicht ohne die Überzeugungen und den persönlichen Einsatz einiger aufgeklärter Frauen und Männer möglich. In Luxemburg sind in dieser Debatte wohl beispielhaft vor allem Justizminister Robert Krieps und Magistrat Alphonse Spielmann, der Menschenrechtler Nic Klecker und der Journalist Romain Duret, sowie nicht zuletzt die Abgeordneten Colette Flesch und Marthe Biegelbach-Fohrmann zu nennen. Damit ihre Ideen in der demokratischen Debatte aber einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung haben konnten, brauchte es auch eine aufgeklärte, fortschrittliche Presse. Das *Tageblatt*, wie unter anderem auch das *Lëtzebuurger Land*, haben sich mit ihren engagierten Artikeln in der Debatte um die Abschaffung der Todesstrafe in Luxemburg große Verdienste erworben. Es bleibt zu hoffen, dass auch heute noch andere umstrittene, progressive Ideen den gleichen medialen Rückhalt finden könnten.



Karikatur von Guy W. Stoos im *Lëtzebuurger Land* 1979

<sup>125</sup> Protokoll Nr. 13 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, bezüglich der Abschaffung der Todesstrafe unter allen Umständen (Wilna, 3. Mai 2002).

<sup>126</sup> KLECKER, Nic, *Tu ne tueras point*, in: *kulturissimo*, 9. Oktober 2008, S.12.